

Maecenata Institut (Hrsg.)

**6. Forschungsbericht:
Statistiken zum deutschen
Stiftungswesen 2013**

Die Autorinnen und Autoren

Patrick J. Droß, Clemens J. Poldrack und Eckhard Priller

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Projektgruppe Zivilengagement

Stefanie Lysk

Initiative Pro Dialog, Berlin

Martin Blickenstorfer

Universität Freiburg/CH, Verbandsmanagement Institut (VMI)

Rupert Graf Strachwitz, Christian Schreier

Maecenata Institut, Berlin

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin,

Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,

Tel: +49-30-28 38 79 09,

Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0243-102013op667



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2013

Vorwort

Die Stiftungsdatenbank des Maecenata Instituts besteht seit 1989 und wird seitdem kontinuierlich gepflegt und aktualisiert. Sie umfaßt gegenwärtig über 17.000 Datensätze zu deutschen Stiftungen. Erfafßt werden Stiftungen aller Art, unabhängig von ihrer Rechtsform.

Die Datenbank ist unter www.stiftungsdatenbank.eu frei zugänglich. Für wissenschaftliche und öffentliche Zwecke kann sie kostenfrei intensiv genutzt werden. Das Maecenata Institut selbst nutzt die Datenbank im Rahmen von Forschungsprojekten, für Statistiken und sonstige aggregierte Auswertungen, außerdem für Recherchen (auch als Auftrag) und für die Herausgabe des Maecenata Stiftungsführers. Zuletzt erschien dieser in 6. Auflage 2010, erstmals als E-Book.

Zwischen 1996 und 2011 hat das Maecenata Institut insgesamt fünf Forschungsberichte zum Stiftungswesen vorgelegt. Die darin veröffentlichten Daten beruhen auf jeweils aktuellen Auswertungen der Stiftungsdatenbank. Die Berichte waren in Form und Umfang sehr unterschiedlich gehalten. Auch wurden unterschiedliche Teilaspekte schwerpunktmäßig untersucht. Während bspw. 2007 eine umfassende empirische Auswertung der Datenbank in Buchform veröffentlicht wurde, konzentrierte sich der Bericht 2011 auf wesentliche Entwicklungstrends des deutschen Stiftungswesens.

Der hier vorgelegte 6. Forschungsbericht zum deutschen Stiftungswesen schreibt frühere Auswertungen fort, setzt aber wiederum auch neue Akzente. Er wurde erstmals in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erarbeitet. Diesmal sollen verstärkt Thesen formuliert werden, die sich aus den gesammelten und aggregierten Daten herauslesen lassen. Diese Thesen sollen mehr als Anregung zur Debatte denn als unumstößliche Wahrheit gelesen werden.

Generell und trotz der Besserungen, die durch die vielen Aufrufe und Initiativen zu mehr Transparenz im Stiftungswesen erreicht wurden, ist die proaktive Bereitschaft zur Bereitstellung von Stiftungsdaten in Deutschland in der Breite nach wie vor zu gering. Mögen sich die ersatzweise notwendigen Annäherungen mit gewisser Wahrscheinlichkeit auch nahe an den Realbedingungen bewegen; vollständige, objektive und valide Aussagen zu treffen, wie es der wissenschaftliche Standard eigentlich erfordert, bleibt beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. Dies betrifft insbesondere Aussagen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen der Stiftungen, deren Aussagewert nicht nur durch lückenhafte Angaben, sondern auch fehlende verbindliche oder auch nur weithin übliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze belastet ist. Von Rankings jedweder Art nehmen wir daher bewußt Abstand.

Als umso wichtiger sehen wir die Aufgabe an, die einzige an neutraler Stelle geführte, öffentlich zugängliche Datenbank deutscher Stiftungen weiter zu entwickeln und fortzuschreiben.. Eine umfänglichere Auswertung des gegenwärtigen Datenbestandes ist derzeit in Planung.

Mein Dank gilt allen ehemaligen und derzeitigen Kolleginnen und Kollegen, die sich in den fast 25 Jahren ihres Bestehens um diese Datenbank verdient gemacht haben. Besonders danke ich Dr. Eckhard Priller und Patrick J. Droß (WZB) für die wie immer freundschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Martin Blickenstorfer (Universität Fribourg/Schweiz) und Stefanie Lysk (Initiative Pro Dialog, Berlin) für ihre aufschlussreichen Beiträge und Christian Schreier M.A. und Clemens J. Poldrack, die im Institut die Erstellung des Berichts verantwortet haben.

Berlin, im September 2013

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Direktor des Maecenata Instituts

Inhalt

I. Aktuelle Zahlen und Thesen zum deutschen Stiftungswesen

Clemens J. Poldrack und Christian Schreier 7

II. Welchen Beitrag kann eine Organisationsbefragung zur Verbesserung der Informations- und Datensituation im Stiftungsbereich leisten?

Patrick J. Droß; Clemens J. Poldrack und Eckhard Priller 23

III. Das US-amerikanische Foundation Center und seine Datenquellen

Stefanie Lysk 41

IV. Wohlstand als treibende Kraft für Stiftungen im internationalen Vergleich

Martin Blickenstorfer 45

V. Kirchenstiftungen als Problem der Stiftungsstatistik. Ein Beitrag zum Sinn statistischer Stiftungserfassung

Rupert Graf Strachwitz 51

I. Aktuelle Zahlen und Thesen zum deutschen Stiftungswesen

Clemens J. Poldrack und Christian Schreier

Die Datenbank deutscher Stiftungen des Maecenata Instituts beinhaltet zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts insg. 17102 Datensätze zu Stiftungen und stiftungsähnlichen Organisationen in Deutschland. Damit sind gewiss nicht alle Organisationen erfasst. Auch die Datensätze variieren mitunter stark in ihrer Vollständigkeit. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Datensätze zum größten Teil in mühevoller und inkrementell angelegter Recherchearbeit durch unsere Mitarbeiter entstehen. Da es bei uns keine zentrale Datenquelle (wie etwa die Steuerbehörde in den USA) gibt und nur die wenigsten Stiftungen aus eigenem Antrieb heraus Ihre Daten zur Veröffentlichung bereitstellen, ist die Datenlage gezwungenermaßen lückenhaft. Dennoch stellt die Datenbank deutscher Stiftungen für die Forschung zum Stiftungswesen eine überaus wichtige Grundlage, um Aussagen über die verschiedenen Facetten des Stiftungswesens treffen zu können. In den folgenden Kapiteln werden unterschiedliche Facetten und Aspekte des deutschen Stiftungswesens beleuchtet, insbesondere Daten zu Stiftertypen, Stiftungszwecken, Vermögen und Ausgaben. Dazu haben wir die vorhandenen Angaben teilweise kombiniert und grafisch aufbereitet. In dieser Ausgabe des Forschungsberichts werden zugespitzte Thesen formuliert.

Um eine Veranschaulichung regionaler Unterschiede und Tendenzen zu erreichen wurden außerdem einzelne Bundesländer gruppiert gegenüber gestellt. Aus den Datensätzen, die einem Bundesland zugeordnet werden können, wurden folgende Gruppierungen gebildet:



Karte 1: Einteilung in Regionen

1. Wer stiftet?..... 9

Wer stiftet? – These I:

Im östlichen Teil Deutschlands beteiligen sich öffentliche Körperschaften besonders häufig an der Errichtung von Stiftungen.10

Wer stiftet? – These II:

Im Norden stiften Männer überdurchschnittlich oft allein.11

2. Stiftungsvermögen und Ausgaben12

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These I:

Stiftungen werden mit zunehmendem Alter auch erkennbar reicher.13

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These II:

Jüngere Stiftungen geben weniger aus als ältere Stiftungen.14

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These III:

Die Hälfte aller Stiftungen gibt weniger als 50.000 Euro pro Jahr aus.15

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These IV:

Im Osten Deutschlands gibt es relativ viele Stiftungen mit hohen Ausgaben.16

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These V:

Im Bereich Wissenschaft sind die Stiftungen vergleichsweise vermögend17

3. Stiftungszwecke18

Stiftungszwecke – These I:

Im Norden liegt die Förderung von sozialen Zwecken.....19

Stiftungszwecke – These II:

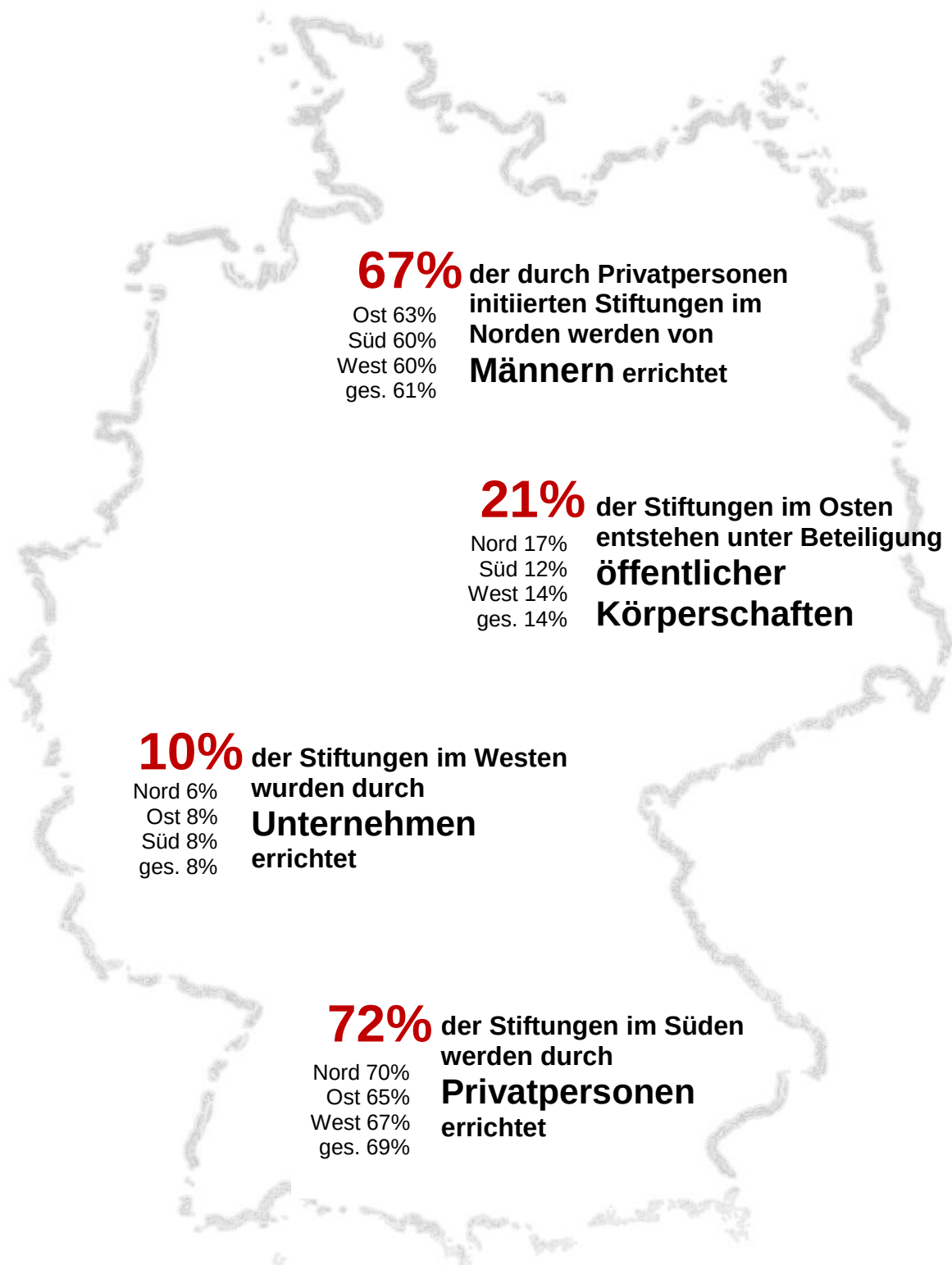
Bisher eher weniger vertretende Zwecke nehmen tendenziell zu, während immer weniger der neu gegründeten Stiftungen im sozialen Bereich tätig sind.20

Stiftungszwecke – These III:

Frauen stiften häufiger für den sozialen Bereich, Männer hingegen häufiger für Bildung sowie Kunst und Kultur.20

Anhang: Angaben zur Datengrundlage der Auswertung22

1. Wer stiftet?



Karte 2: Ausgewertete Datensätze: NORD 2305; OST 1297; SÜD 4354; WEST 3928; Insg. 11884

Wer stiftet? – These I:

Im östlichen Teil Deutschlands beteiligen sich öffentliche Körperschaften besonders häufig an der Errichtung von Stiftungen.

Die Grafik zeigt die Auswertung der 7408 vorhandenen Datensätze mit Angaben zu Stiftertypen. Der erste Balken zeigt die Gesamtverteilung im Bundesgebiet an. Demnach sind Privatpersonen bei 69% der Stiftungen als Stifter beteiligt und bilden mit Abstand die größte Stiftergruppe. Öffentliche Körperschaften folgen mit 14% im Bundesgebiet; im Norden und Osten ist dieser Wert jeweils etwas erhöht, wohingegen im Süden mit 12% nur vergleichsweise wenige Stiftungen öffentliche Beteiligung haben. Vereine sind relativ konstant zwischen neun und zwölf Prozent als Stifter tätig. Bei den stiftenden Unternehmen ergibt sich im Westen ein leicht erhöhter Wert von 10% im Vergleich zu 6% in Norddeutschland und 8% im Allgemeinen. Da mehrere Akteure als Stifter in einer Stiftung auftreten können, übersteigt der Balken jeweils die 100%-Marke.

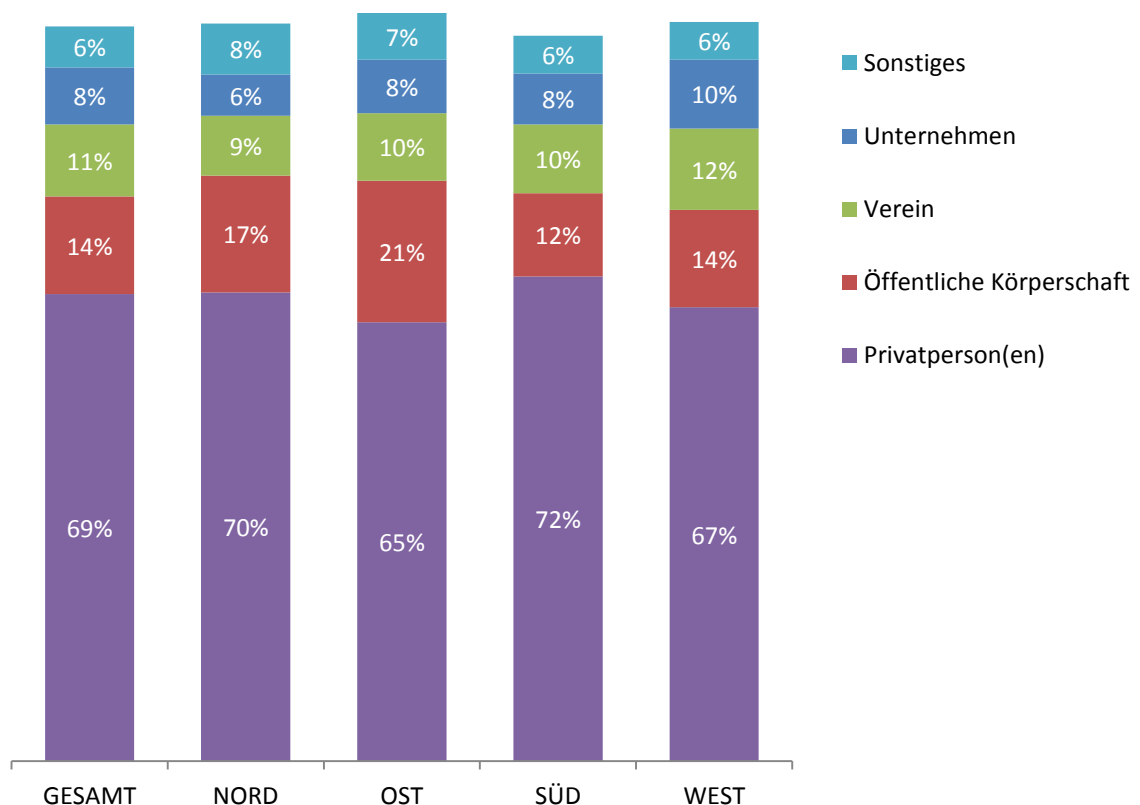


Abbildung 1: Regionale Unterschiede im Aufkommen von Stiftertypen

Wer stiftet? – These II:

Im Norden stiften Männer überdurchschnittlich oft allein.

Von den 5134 Stiftungen, von denen Angaben zu den Stiftern vorhanden sind, wurden je ein Fünftel gemeinsam von Männern und Frauen errichtet. Genauso hoch ist die Quote für nur von Frauen errichtete Stiftungen. Der größte Anteil, genauer 61%, der von Privatpersonen gegründeten Stiftungen in Deutschland wurde alleine von Männern errichtet.

Regional zeigen sich hier leichte Unterschiede, insbesondere im Norden gibt es häufiger durch Männer allein errichtete Stiftungen. Gerade der Anteil von Stiftungen, bei denen Männern und Frauen gemeinsam als Stifter eingetragen sind, ist hier mit 16% unterdurchschnittlich gering. Im Süden ist mit 21% der höchste Anteil an Stiftungen zu verzeichnen, die allein durch Frauen errichtet wurden. Dies sind Angaben, die Stiftungen unabhängig ihres Gründungszeitpunktes betreffen. Betrachtet man die Entwicklung des Geschlechterverhältnisses bei Neugründungen (so geschehen im 5. Forschungsbericht von 2011, Grafik 3) so wird eine Angleichung deutlich. In der Periode 2000 – 2009 wurden nur noch 43% der Neugründungen allein von Männern vollzogen, 28% von Frauen und 29% von Männern und Frauen zusammen. Das Stiftungswesen ist also nur eine „Männerdomäne“, sofern man alle bestehenden Stiftungen betrachtet – seit den 1980er Jahren gleichen sich die Werte zunehmend an.

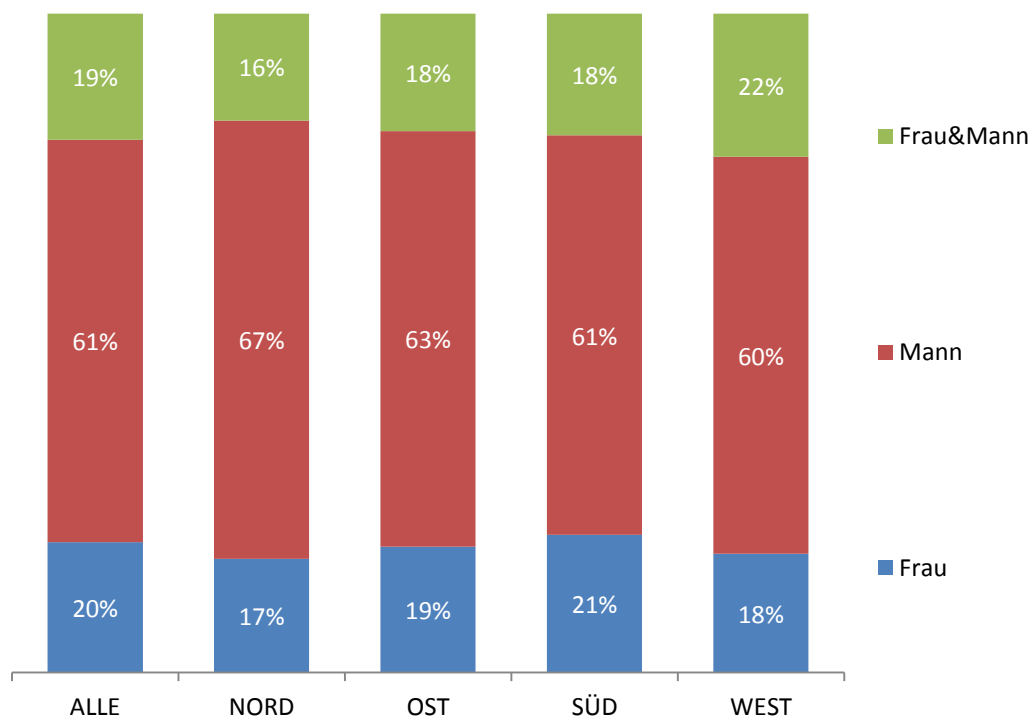


Abbildung 2: Bestehende Stiftungen von Privatpersonen nach Region und Geschlecht

2. Stiftungsvermögen und Ausgaben

Ca. **50%** der
Stiftungen in ganz
Deutschland haben ein
Vermögen von unter
500.000 Euro

41% der Stiftungen im Osten
verfügen über ein Vermögen
zwischen 250.000 und
2,5 Millionen Euro

Nord	39%
Süd	39%
West	40%
ges.	40%

31% der Stiftungen im Westen
haben ein Vermögen über
2,5 Millionen Euro

Nord	24%
Ost	28%
Süd	21%
ges.	25%

40% der Stiftungen im Süden
haben ein Vermögen
unter 250.000 Euro

Nord	37%
Ost	30%
West	29%
ges.	36%

Karte 3: Ausgewertete Datensätze: NORD 153; OST 92; SÜD 308; WEST 319; Insg. 1196
(Stand der Angaben 2000-2013)

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These I: Stiftungen werden mit zunehmendem Alter auch erkennbar reicher.

Ziemlich genau die Hälfte aller Stiftungen besitzt ein Vermögen von mehr, bzw. weniger als 500.000 Euro. Jedoch zeigt sich, dass Stiftungen mit der Zeit in der Lage sind, ihr Vermögen auszubauen: 65% der vor dem Jahr 2000 gegründeten Stiftungen geben an, ein Vermögen von mindestens 500.000 Euro zu besitzen. Demgegenüber verfügen 44% der nach der Jahrtausendwende errichteten Stiftungen über weniger als 250.000 Euro. Bei den älteren Einrichtungen fällt in diesen Bereich gerade mal ein Viertel. Der Kapitalzuwachs im Zeitverlauf lässt sich auch in die jeweils ersten Balken der Grafik interpretieren. Dieser bildet die Vermögensverteilung aller Stiftungen ab und bezieht alle jemals erfassten Vermögensangaben ein. Demgegenüber berücksichtigen die jeweils drei weiteren Balken nur Vermögensangaben, die seit dem Jahr 2000 gemacht wurden. Der erste Balken zeigt eine deutliche Verschiebung, hin zu geringeren Vermögensangaben. Wie diese Abweichung genau zu interpretieren ist, kann nicht mit Gewissheit gesagt werden. Zu viele Faktoren spielen dabei eine Rolle. Die Angaben beruhen auf 1554 Datensätzen, ca. 60% der Stiftungen in der Datenbank wurden nach 1989 errichtet.

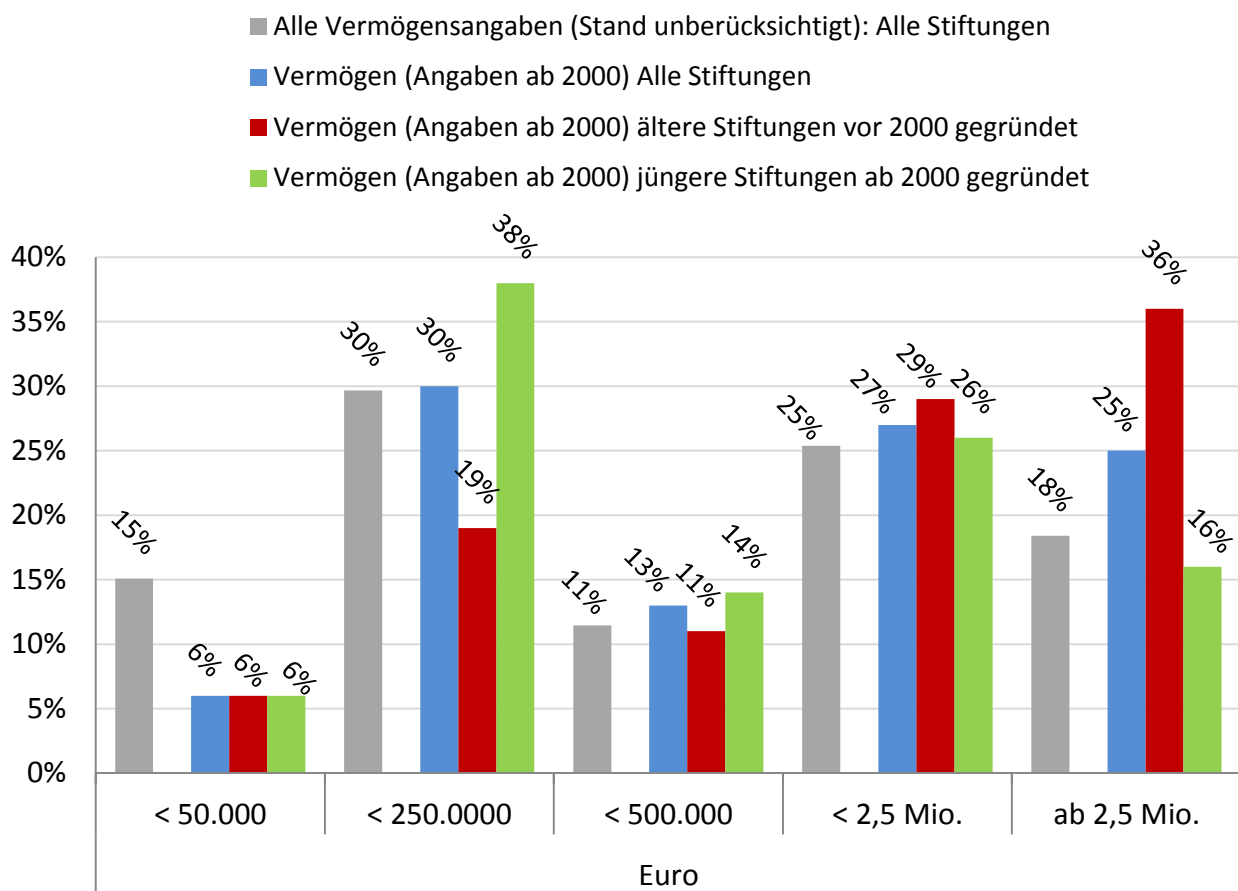


Abbildung 3: Stiftungsvermögen und Errichtungszeit

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These II: Jüngere Stiftungen geben weniger aus als ältere Stiftungen.

Abbildung 4 zeigt Ausgaben von Stiftungen. Diese werden in drei Varianten dargestellt. Die blauen Balken zeigen die Ausgaben von Stiftungen, unabhängig von ihrem Alter; grüne und rote Balken hingegen betreffen Stiftungen, die ab, bzw. vor dem Jahr 2000 errichtet wurden. Demnach geben 12% aller Stiftungen unter 5.000 Euro pro Jahr aus. Der Altersvergleich zeigt jedoch, dass rel. junge Stiftungen mit 16% doppelt so häufig in diesem minimalen Ausgabenbereich liegen als ältere (8%). Im Bereich von 5.000 – 50.000 Euro sind 37% aller Stiftungen angesiedelt. Auch hier sind jedoch jüngere Stiftungen mit 44% deutlich häufiger vertreten als ältere mit nur 32%. Auch im oberen Ausgabensegment wird deutlich, dass jüngere Stiftungen in der Breite finanzschwächer sind. Gerade einmal 5% der ab der Jahrtausendwende gegründeten Stiftungen geben über 2.5 Million Euro pro Jahr aus, bei den älteren fallen 17% in diese Kategorie. Da bekannt ist, dass Stiftungen oft mit einem Grundkapitalstock errichtet werden, der erst in der Folge aufgestockt wird, ist dieses Ergebnis schlüssig. Dieser statistische Effekt hängt demnach auch mit der stark gestiegenen Anzahl an Stiftungserrichtungen ab Ende der 1990er Jahre zusammen.

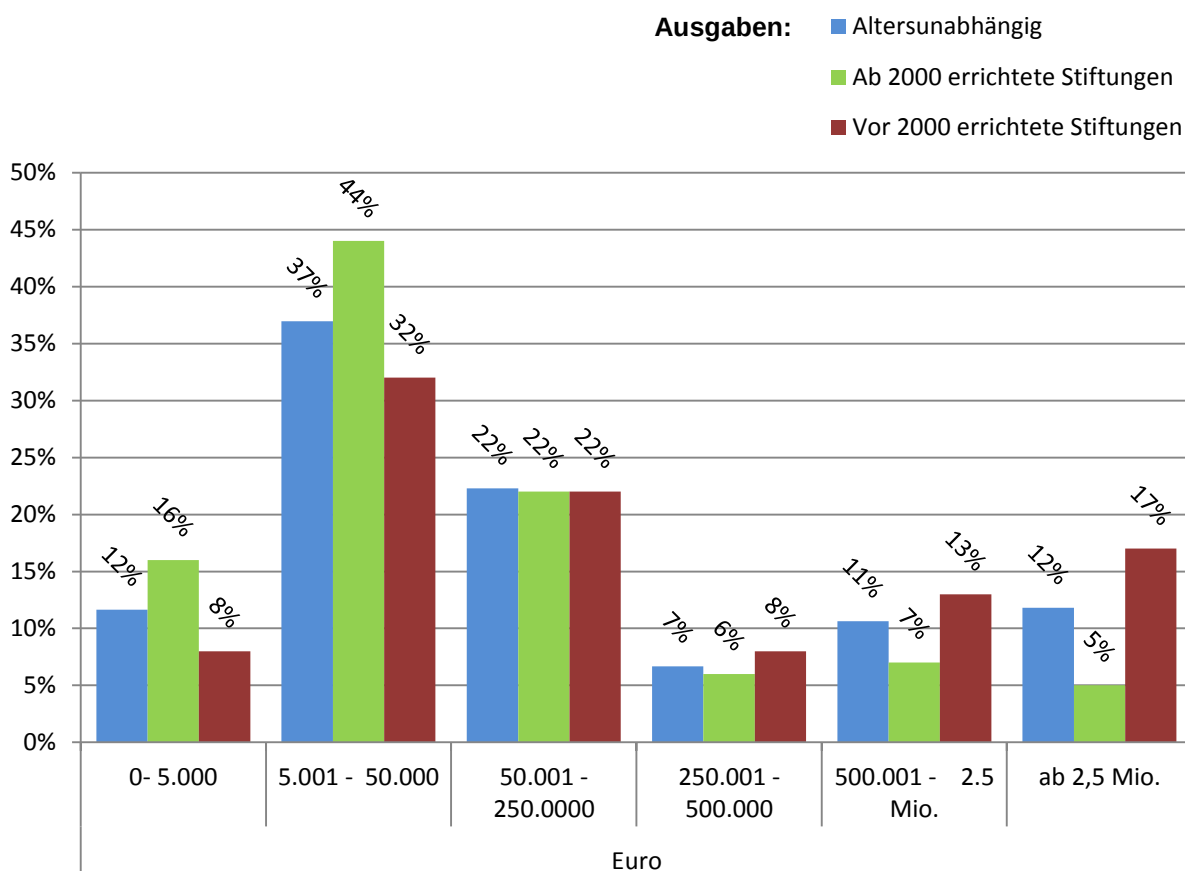


Abbildung 4: Ausgaben deutscher Stiftungen nach Alter

Angaben ab dem Jahr 2000 oder jünger wurden berücksichtigt. (n=1364)

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These III: Die Hälfte aller Stiftungen gibt weniger als 50.000 Euro pro Jahr aus.

Unterteilt man nun die Ausgaben, wie in Abbildung 5 geschehen, nach dem Vermögen der Stiftungen, erhält man ein etwas differenziertes Bild des deutschen Stiftungswesens. Die Stiftungen werden dabei bezogen auf kleine, mittlere und große Vermögen unterteilt und in drei Ausgabengruppen dargestellt. Der erste Balken der Grafik zeigt die Verteilung nach Ausgaben ohne Berücksichtigung des Stiftungsvermögens. Danach verausgaben, wie schon in der letzten Grafik dargestellt, gut die Hälfte aller Stiftungen maximal 50.000 Euro pro Jahr. Weitere 30% liegen im Bereich zwischen 50 und 500 Tausend Euro. Zieht man nun die Vermögensangaben hinzu, so zeigt sich, dass erwartungsgemäß der größte Teil (fast 80%) der Stiftungen mit eher geringen Vermögen bis 250.000 Euro auch in der niedrigsten Ausgabengruppe bis 50.000 Euro verbleibt. Interessant ist jedoch, dass 22% dieser Stiftungen höhere Ausgaben angeben und 4% sogar Ausgaben von über 500.000 Euro. Auch wenn die Kategorien etwas grob gefasst sind und die Fallzahlen dieser Detailanalyse keine näheren Aussagen zulassen, weist die Grafik doch auf die vermögensunabhängigen Projektmitteldurchflüsse bei Stiftungen hin und zeigt, dass Stiftungen als Organisationsformen oft nicht vom eigenen Vermögen leben (und dies auch nicht könnten).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass ein Ranking nach dem Vermögen von Stiftungen keine validen Ergebnisse erzeugen kann, da verbindliche und einheitliche Kriterien für die Bewertung der sehr unterschiedlichen Vermögensgegenstände fehlen.

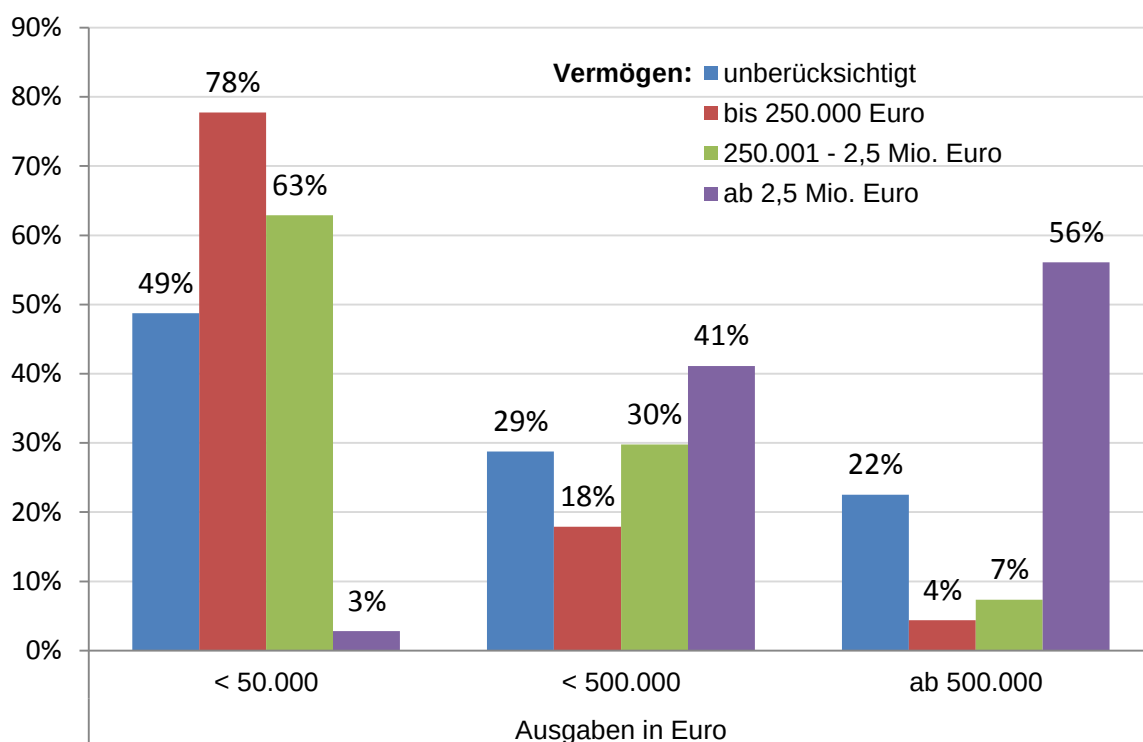


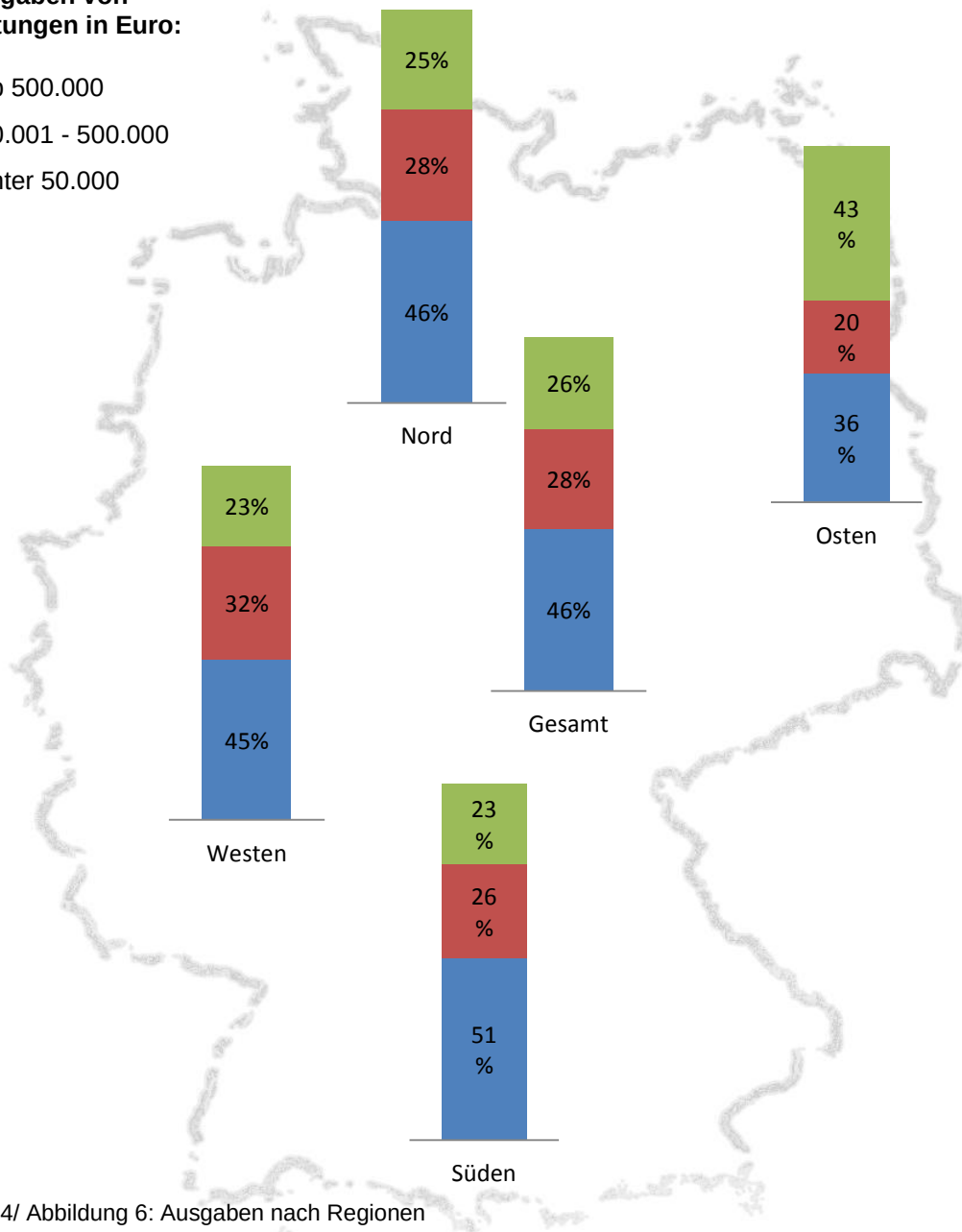
Abbildung 5: Ausgabenhöhe im Verhältnis zum Stiftungsvermögen

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These IV: Im Osten Deutschlands gibt es relativ viele Stiftungen mit hohen Ausgaben.

Die Grafik gibt Auskunft über die regionalen Unterschiede bezüglich der Ausgaben von Stiftungen in Deutschland. 26% aller Stiftungen haben jährliche Ausgaben von über 500.000 Euro angegeben. Besonders deutlich davon weicht der Wert aus der östlichen Region ab. Dieser liegt mit 43% wesentlich über dem Durchschnittswert. In absoluten Zahlen dargestellt, finden sich nur im Norden noch weniger Stiftungen im höchsten Ausgabesegment als im Osten. Den Angaben liegen 911 Datensätze (Stand 2000 oder jünger) zugrunde. Die leicht abweichenden Werte zu Abbildung 5 resultieren aus der unterschiedlichen Datenbasis, die bei dieser Auswertung herangezogen werden musste.

Ausgaben von Stiftungen in Euro:

- ab 500.000
- 50.001 - 500.000
- unter 50.000



Karte 4/ Abbildung 6: Ausgaben nach Regionen

Stiftungsvermögen und Ausgaben – These V: Im Bereich Wissenschaft sind die Stiftungen vergleichsweise vermögend

Die Verteilung von Stiftungsvermögen innerhalb der fünf häufigsten Zweckbereiche ist in dieser Abbildung dargestellt. Daraus geht u.a. hervor, dass ein Drittel der Stiftungen im Bereich Wissenschaft und Forschung über ein Vermögen von mindestens 2.5 Millionen Euro verfügen. Im Vergleich mit den anderen vier häufigsten Zweckbereichen (Soziales, Bildung, Kunst und Umwelt) ist dieser Wert deutlich erhöht. Es lässt sich also die These aufstellen, dass im Zweckbereich Wissenschaft tätige Stiftungen tendenziell ein höheres Vermögen aufweisen als in anderen Zweckbereichen tätige Stiftungen. Der Anteil von Stiftungen mit kleinen Vermögen unter 250.000 Euro liegt mit der Ausnahme Wissenschaft bei 36 – 38%. Im Bereich Wissenschaft ist dieses Segment mit 26% deutlich am geringsten. Über die Zweckbereiche hinweg ist der Anteil an Stiftungen mit mittlerem Vermögen (250.000 bis 2.5 Million Euro) relativ ausgeglichen bei 39-41%.

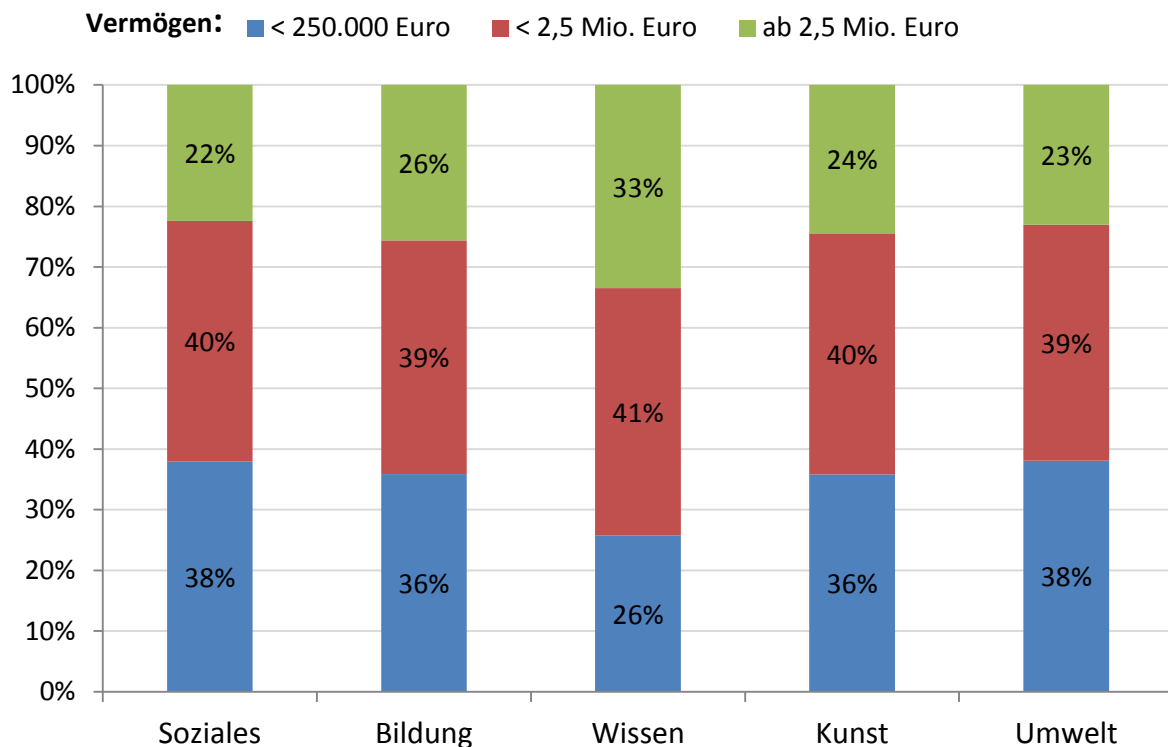
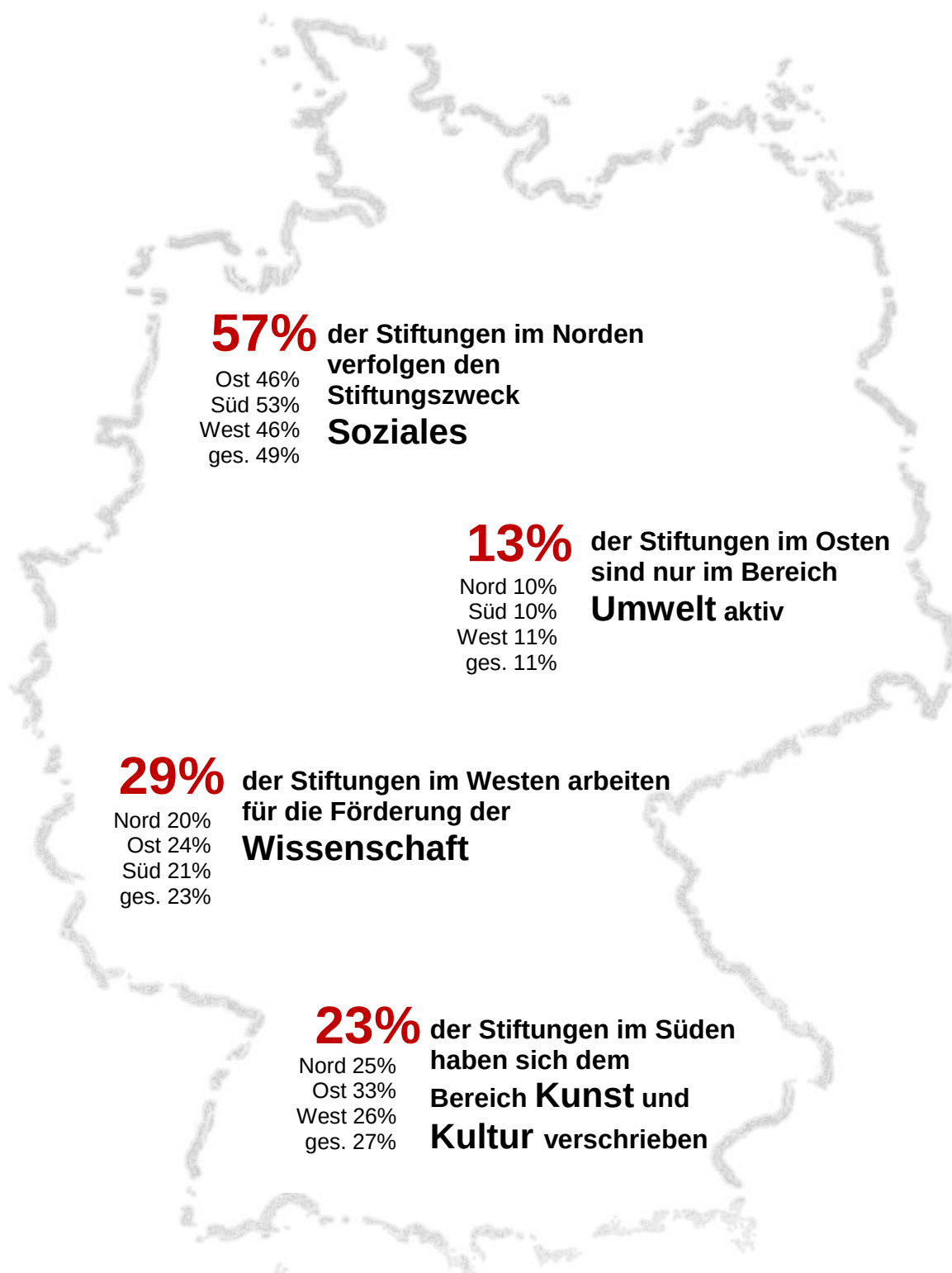


Abbildung 7: Vermögen nach Stiftungszweck (Daten: Stand 2000 oder jünger)

3. Stiftungszwecke



Karte 5: Zweckbereiche

Stiftungszwecke – These I: Im Norden liegt die Förderung von sozialen Zwecken

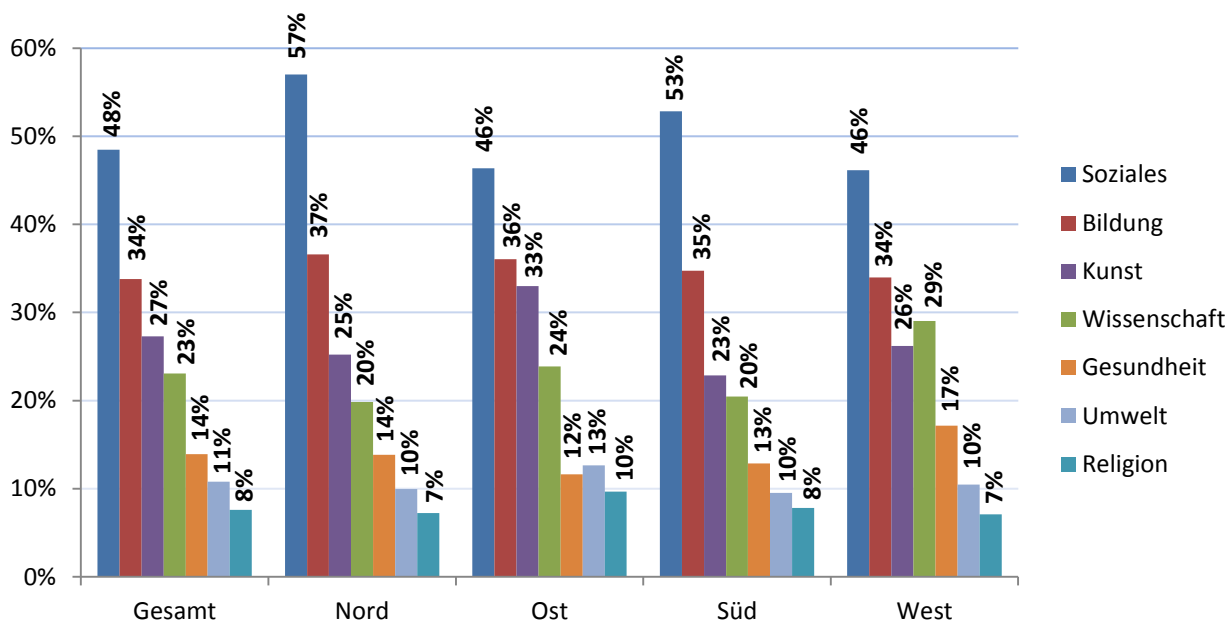


Abbildung 8: Stiftungszweckbereichen nach regionaler Verteilung

Beide Grafiken stellen die regional unterschiedliche Verteilung von Stiftungszwecken dar. Dazu sind die sieben häufigsten, in der Datenbank vertretenen Zweckangaben ausgewertet worden. Insgesamt beziehen sich die Angaben auf 15201 Datensätze, wobei einer Stiftung auch mehrere Zwecke zugeordnet sein können. Aus diesem Grund übersteigt die Summe der einzelnen Werte die 100% Marke. Bei Abbildung 8 wird deutlich, welche Verteilung von Zweckbereichen in den einzelnen Regionen vorherrscht. Im Westen sind z.B., anders als in den anderen Regionen, mehr Stiftungen im Bereich Wissenschaft tätig als im Bereich Kunst & Kultur. Abbildung 9 zeigt die Zwecke gebündelt an und verdeutlicht deren unterschiedliches Regionales Vorkommen. So sind im Zweckbereich Soziales im Norden Anteilig mehr Stiftungen tätig als im Westen.

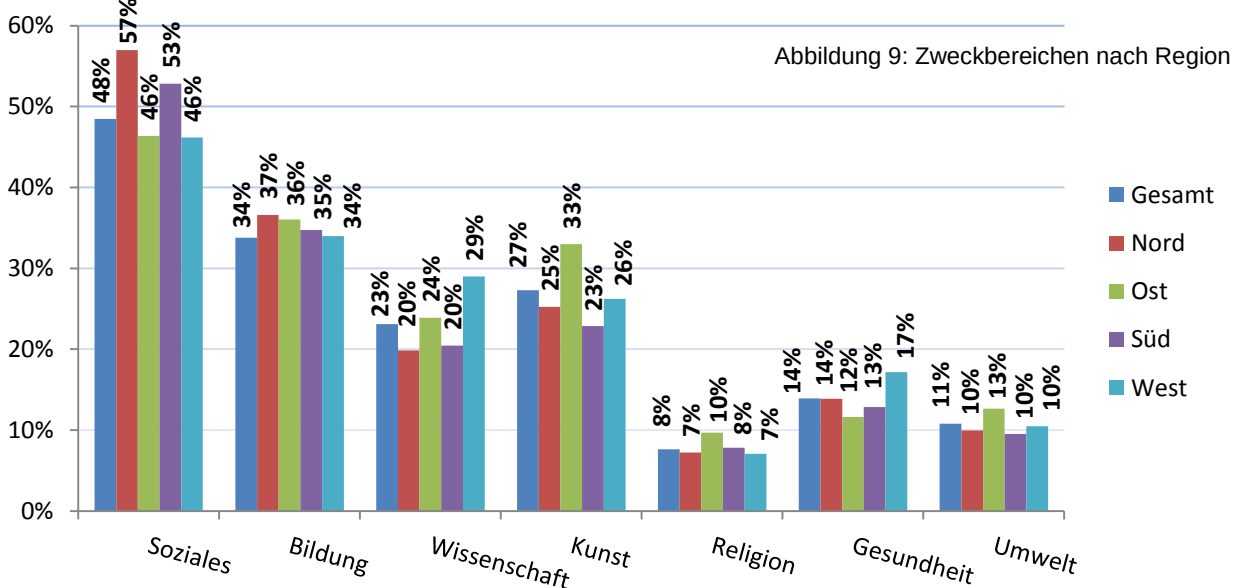


Abbildung 9: Zweckbereichen nach Region

Stiftungszwecke – These II:

Bisher eher weniger vertretende Zwecke nehmen tendenziell zu, während immer weniger der neu gegründeten Stiftungen im sozialen Bereich tätig sind.

Der Vergleich der zeitlichen Veränderung der Verteilung von Stiftungszwecken zeigt eine weitgehende Fortsetzung der, bei den letzten Erhebungspunkten festgestellten Trends. Im Bereich Umwelt und Tierschutz, sowie internationale Verständigung, Gesundheit und Religion, bestätigte sich der Wachstumstrend. Bildung stellt sich als unsteter Zweckbereich dar, der nach einem verzeichneten Wachstum in 2011 nun wieder etwas rückläufig ist. Die kleineren Zweckbereiche wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit ausgeblendet. Dazu zählen: Sport (6,2%), Familie d. Stifter, Wirtschaft, Politik, Verbraucherschutz und sonstiges (jeweils ca. zwischen 0,1 – 3%) Die Angaben der Zeitmarken bauen jeweils aufeinander auf. 1999 lagen Zweckangaben von 6717 Stiftungen vor, für die Zahlen von 2013 wurden Angaben von 15201 Stiftungen einbezogen, die jeweils einen oder mehrere Zwecke verzeichnet haben.

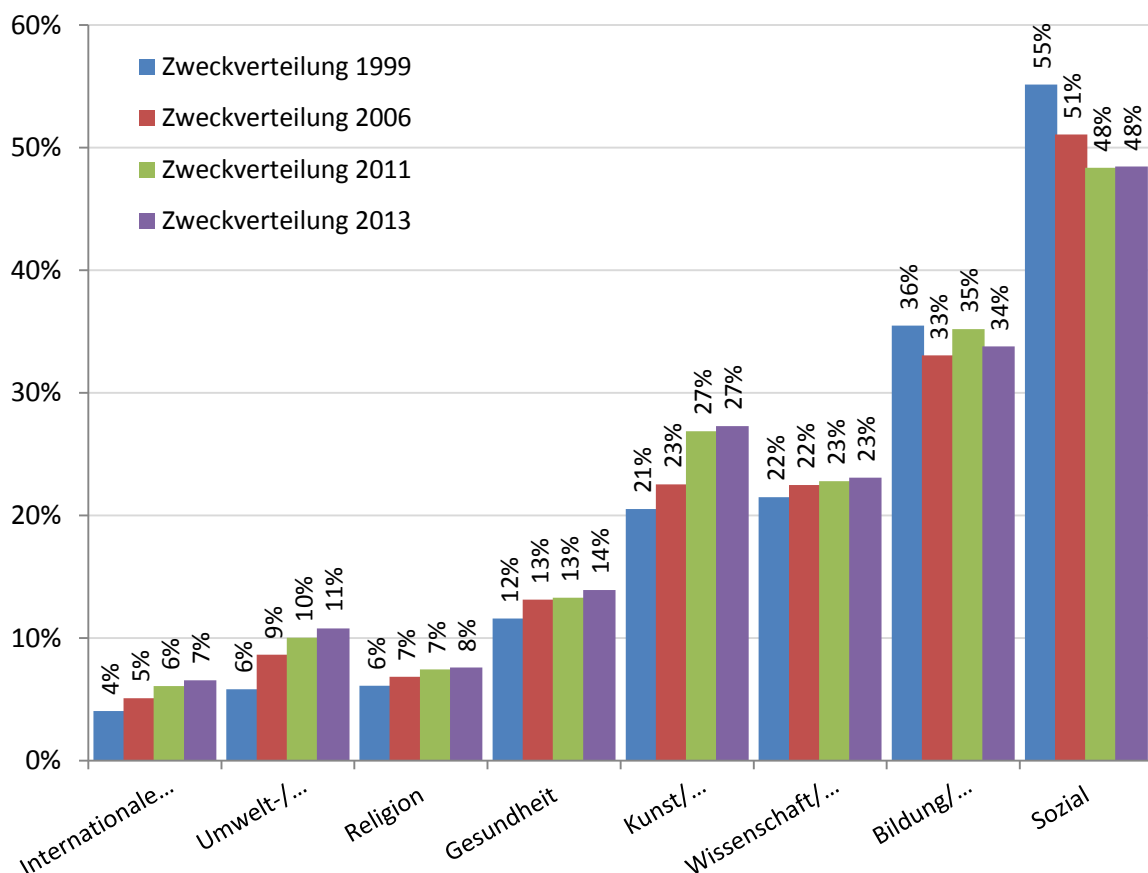


Abbildung 10: Zweckverteilung um zeitlichen Verlauf.

Stiftungszwecke – These III:

Frauen stiften häufiger für den sozialen Bereich, Männer hingegen häufiger für Bildung sowie Kunst und Kultur.

Die letzte hier dargestellte Grafik zeigt die unterschiedlichen Verteilungen der Stiftungszwecke auf, die abhängig vom Geschlecht der Stifterin bzw. des Stifters gewählt werden. Von 100 Stiftungen die durch Frauen errichtet werden, befassen sich 53 mit sozialen Zwecken und demnach deutlich öfter als von Männern gegründete Stiftungen. Von diesen werden nur 48 soziale Zwecksetzungen verfolgen. Betrachtet man mit dem blauen Balken die Verteilung bei der Gesamtheit der Stiftungen, so fällt auf, dass die Werte in den Bereichen Umwelt-/Tierschutz sowie Kunst & Kultur in Relation höher ausfallen. Dort gibt es demnach verhältnismäßig viele Stiftungen, die durch andere Stifter errichtet wurden: Unternehmen, Vereine, öffentliche Körperschaften, durch Männer und Frauen gemeinsam oder durch eine Mischung aus all diesen. Die Angaben beziehen sich für Männer auf 3041 und für Frauen auf 985 Datensätze; die Gesamtverteilung basiert auf Angaben über 15201 Stiftungen.

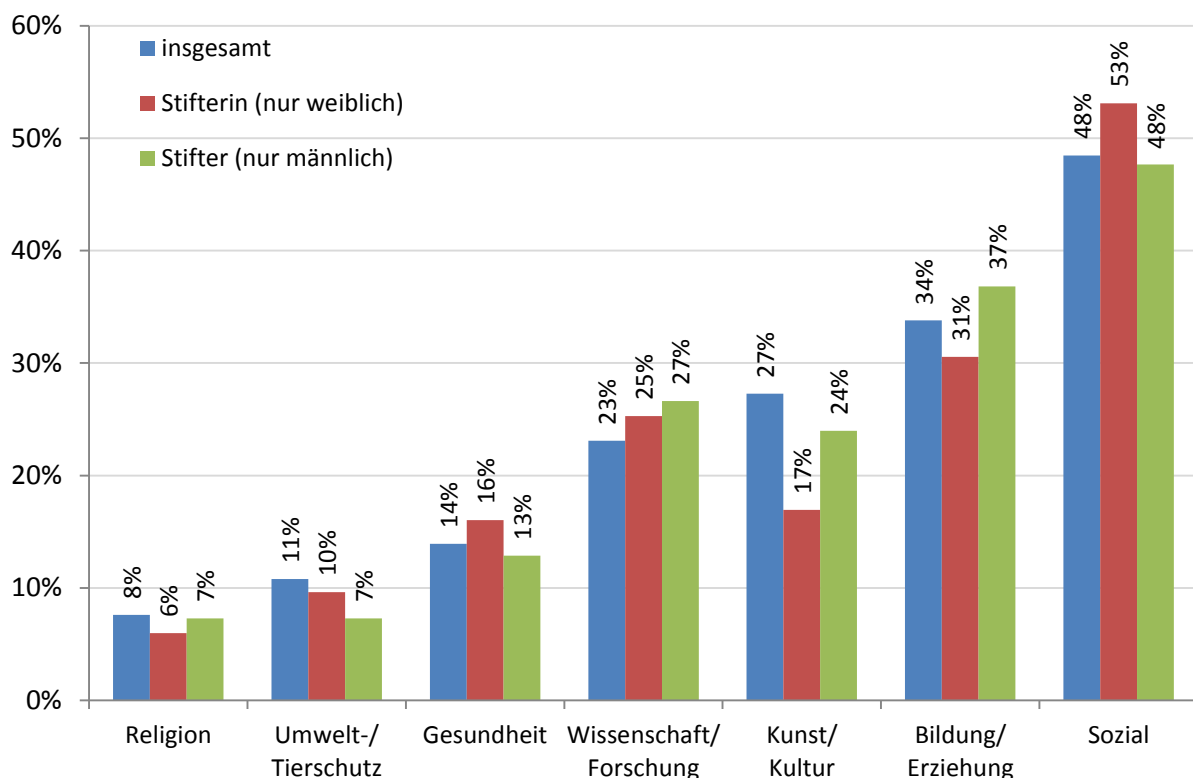


Abbildung 11: Zweckverteilung nach Geschlecht der Stifterin bzw. des Stifters.

Anhang: Angaben zur Datengrundlage der Auswertung

Die Datenbank enthält insg. 17102 Datensätze; der größte Teil (78%) davon zu Stiftungen bürgerlichen Rechts. Dies spiegelt nicht die Häufigkeit der unterschiedlichen Rechtsformen in der Realität wider. Daten zu unrechtsfähigen Stiftungen z.B. sind schwer zu erhalten, auch da diese keiner Stiftungsaufsicht unterliegen. Auch sog. Kirchenstiftungen sind gegenwärtig nicht ausreichend erfassbar. (siehe hierzu den Beitrag von R. Strachwitz in diesem Heft.)

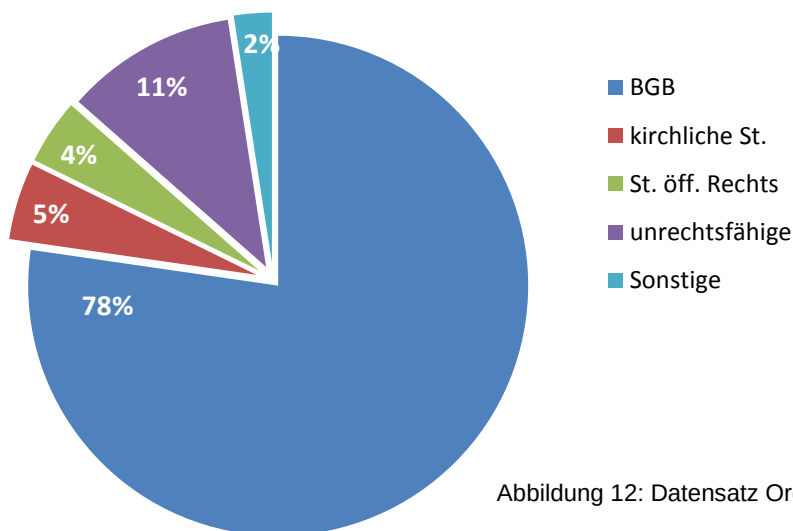


Abbildung 12: Datensatz Organisationen nach Rechtsform

Die regionalen Unterscheidungen in Nord, Süd, Ost und West sind Streitbar und dienen in erster Linie zur Veranschaulichung und Diskussionsgrundlage für weitere Forschungsbedarfe. Die dargestellten Auswertungen beziehen sich auf folgende Datenbasis:

BEREICH	Gesamt	Bundesland	n
Norden	2305	Schleswig-Holstein	369
		Hamburg	726
		Bremen	198
		Niedersachsen	1012
Osten	1297	Mecklenburg-Vorpommern	79
		Brandenburg	156
		Sachsen	163
		Sachsen-Anhalt	200
		Thüringen	261
		Berlin	438
Süden	4354	Bayern	3059
		Baden-Württemberg	1295
Westen	3928	Rheinland-Pfalz	412
		Saarland	68
		Hessen	1181
		Nordrhein-Westfalen	2267
Ges. Bundesländer	11884		

II. Welchen Beitrag kann eine Organisationsbefragung zur Verbesserung der Informations- und Datensituation im Stiftungsbereich leisten?

Patrick J. Droß; Clemens J. Poldrack und Eckhard Priller

*Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
Projektgruppe Zivilengagement*

1. Einleitung	23
2. Anlage und Durchführung der Organisationsbefragung	24
3. Strukturdaten	27
4. Orientierungen und Bewertungen	34
5. Kooperationen und Transparenz.....	37
6. Fazit.....	39

1. Einleitung

Die Datensituation für Stiftungen wie für den Dritten Sektor insgesamt ist bereits seit Jahren defizitär und lückenhaft. Dies ist trotz aller in den letzten Jahren unternommener Bemühungen noch immer der Fall. Die Ursachen sind auf das Fehlen eines systematischen Informationssystems für zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland zurückzuführen. Ein solches System zu etablieren, ist – wie auch die Ergebnisse des Projekts „Zivilgesellschaft in Zahlen“ zeigen – ein kompliziertes und komplexes Unterfangen. Es wird dadurch erschwert, dass für die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland keine Regelungen zu Veröffentlichungen von Angaben oder eine umfangreiche Berichtspflicht – z.B. gegenüber der amtlichen Statistik – bestehen. Selbst die Bereitstellung von Daten innerhalb der Dachverbände ist häufig lückenhaft und unvollständig. Oft sind die Kapazitäten und Möglichkeiten, statistische Angaben für die Organisationen zu erheben, zusammenzustellen und zu veröffentlichen, nicht vorhanden oder die Notwendigkeit dieser Angaben wird verkannt bzw. ihre Effekte werden unterschätzt. Entsprechende Daten sind für die Bewertung der Leistungsfähigkeit der Organisationen insgesamt wie auch für Einschätzungen der Wirksamkeit der Stiftungsarbeit unverzichtbar. Vor allem aber ist die Außenwirkung dieser Informationen nicht zu unterschätzen. Öffentlichkeit, Politik und nicht zuletzt Wissenschaft sind auf entsprechende Angaben angewiesen. Es geht dabei nicht

zuletzt um die Anerkennung der erbrachten gemeinwohlorientierten Leistungen und zugleich um Einblicke in die wirtschaftliche Situation jener Bereiche, die durch öffentliche Zuwendungen und gewährte steuerliche Vorteile von allgemeinem Interesse sind.

Für Stiftungen beschränkt sich die Bereitstellung auf wenige Quellen. Zu nennen sind die von den Stiftungsaufsichtsbehörden geführten Stiftungsregister. Diese existieren allerdings nur auf Landesebene, ein Gesamtregister für Deutschland wird zwar schon seit langem gefordert, liegt aber noch immer nicht vor. Die Register konzentrieren sich zudem auf nur einige wenige statistische Angaben. Als Datenquelle sind des Weiteren besonders die Stiftungsdatenbanken des Maecenata-Instituts und des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen zu nennen. Sie liefern zumindest für einen Teil der Stiftungen Angaben. Gleichwohl bleiben insgesamt in analytischer Hinsicht beträchtliche Lücken. Insofern stellt sich die Frage, ob mittels wissenschaftlich fundierter Organisationsbefragungen, welche auf der Grundlage von Stichprobenziehungen durchgeführt werden, ein Teil dieser Leerstellen geschlossen werden kann.

Der folgende Beitrag stellt sich in dieser Hinsicht die Aufgabe, das Spektrum der Datenbereitstellung und die Leistungsfähigkeit einer vom WZB durchgeführten Organisationsbefragung für den Stiftungsbereich zumindest punktuell darzustellen.

2. Anlage und Durchführung der Organisationsbefragung

Die empirischen Daten, welche den folgenden Auswertungen zugrunde liegen, wurden im Kontext von zwei im Jahr 2013 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) abgeschlossenen wissenschaftlichen Projekten erhoben. Es handelt sich dabei um das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt „Veränderungen in Dritte-Sektor-Organisationen und ihre Auswirkungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“ und das von der Jacobs-Foundation unterstützte Projekt „Jugendliche in zivilgesellschaftlichen Organisationen“. Im Rahmen dieser Projekte wurde von Ende 2011 bis Anfang 2012 durch das WZB eine größere Organisationsbefragung durchgeführt.

In der umfangreichen Erhebung „Organisationen heute 2011/2012“ wurden deutschlandweit Vorstände und Geschäftsführer/innen in eingetragenen Vereinen, gemeinnützigen GmbHs (gGmbHs), Stiftungen und Genossenschaften angeschrieben. Ziel der Befragung war es, Informationen zu Strukturen, Arbeitsweisen sowie zu aktuellen Entwicklungen und Problemlagen in den Organisationen zu erheben und somit eine fundierte Datengrundlage zu schaffen. Insgesamt wurden rund 12.000 Organisationen für die Stichprobe ausgewählt. Da zur Grundgesamtheit des Dritten Sektors derzeit keine exakten statistischen Angaben zur Verfügung stehen, orientierte sich die Konstruktion der Stichprobe an der jeweiligen

Gesamtzahl der einzelnen Rechtsformen. Durch eine disproportional geschichtete Stichprobenkonstruktion konnte dabei sichergestellt werden, dass kleinere Teilgesamtheiten in einer für die Datenanalyse ausreichenden Anzahl vertreten sind. Zur Ermittlung der benötigten Adressen wurden entsprechend der Rechtsformen unterschiedliche Zugänge genutzt. Neben der Recherche rechtsformspezifischer Register wurden Stichproben aus speziellen Datenbanken gezogen. Für die Stiftungen konnte bspw. die Datenbank des Maecenata-Instituts an der Humboldt-Universität Berlin verwendet werden, um entsprechende Adressen nach dem Zufallsprinzip auszuwählen. Die Befragung erfolgte in schriftlicher Form, wobei für die Teilnehmenden alternativ die Möglichkeit bestand, eine Online-Version des Fragebogens zu nutzen.

Im Hauptfeld der Untersuchung beteiligten sich 3.111 Dritte-Sektor-Organisationen: 2.063 Vereine, 618 gGmbHs, 235 Stiftungen und 195 Genossenschaften. Somit wurde eine durchschnittliche Rücklaufquote von rund 26 Prozent und damit eine in Relation zu Erhebungen mit vergleichbarer Methodik sehr hohe Ausschöpfung erzielt. Die Antwortbereitschaft war in den einzelnen Rechtsformen unterschiedlich. Während 32 Prozent der angeschriebenen Vereine den Fragebogen beantworteten, wurde bei den Stiftungen ein Rücklauf von 21 Prozent erzielt. Bei den gGmbHs betrug die Quote 18 Prozent und bei den Genossenschaften 19 Prozent (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Stichprobenzusammensetzung und Rücklauf

„Grundgesamtheit“ befragter Organisationen in Deutschland 2011	Geschichtete Bruttostichprobe	Rücklauf (Quote)
Ca. 580.000 Vereine (Vereinsstatistik 2011)	6.359	2.063 (32 %)
Ca. 9.000 gGmbHs (Handelsregister 2011; eigene Recherche)	3.466	618 (18 %)
Ca. 18.000 Stiftungen (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2011)	1.130	235 (21 %)
Ca. 8.000 Genossenschaften (Genossenschaftsstatistik 2011; DZ BANK)	1.016	195 (19 %)
Ca. 615.000 Organisationen	11.971	3.111 (26 %)

Datenbasis: Eigene Darstellung.

Das verwendete Erhebungsinstrument wurde auf der Grundlage projektspezifischer Fragestellungen und einer vergleichenden Auswertung bestehender Fragebögen aus der Dritte-Sektor-Forschung erstellt. Im Vorfeld der Hauptuntersuchung konnte die Validität des

Erhebungsinstruments mithilfe von Expertengesprächen mit Vertreter/innen aus Wissenschaft und Praxis sowie durch einen Pretest mit 100 ausgewählten Zielorganisationen überprüft werden. Neben Fragen zu Veränderungen in Struktur und Arbeitsweise wurden in weiteren inhaltlichen Schwerpunkten des Fragebogens Angaben zur Beschäftigungs- und Wettbewerbssituation, zur Rolle des ehrenamtlichen Engagements, aktuellen Problemlagen und zur Situation von jungen Menschen in Dritte-Sektor-Organisationen erhoben (vgl. Priller et al. 2012)

Das breite Tätigkeitsspektrum der Organisationen des Dritten Sektors wurde anhand einer Einteilung in 14 Bereiche erfasst. Die Klassifikation greift mit geringfügigen Änderungen auf Ansätze zurück, die bereits in Dritte-Sektor-Befragungen der 1990er Jahre Anwendung gefunden haben und auf der „International Classification of Nonprofit Organizations“ (INCPO) basieren (vgl. Zimmer/Priller 2007: 32ff.). Per Selbsteinschätzung konnten sich die Organisationen einem der folgenden Haupttätigkeitsbereiche zuordnen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, weitere Bereiche zu benennen.

- | | |
|--|--|
| • Kunst und Kultur | • Umwelt und Naturschutz |
| • Sport und Bewegung | • Gemeinschaftliche Versorgungsaufgaben |
| • Freizeit und Geselligkeit | • Wohnungswesen |
| • Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung | • Bürgervertretung |
| • Forschung | • Internationale Aktivitäten |
| • Gesundheitswesen | • Arbeitsbeziehungen |
| • Soziale Dienste und Hilfen | • Unternehmens- und haushaltsbezogene Dienstleistungen |

Um der erheblichen Heterogenität des Dritten Sektors gerecht zu werden, erfolgte in den bisherigen Auswertungen in der Regel eine Differenzierung nach der Rechtsform sowie nach den jeweiligen Tätigkeitsbereichen. Damit wird unterstrichen, dass die derzeitigen Veränderungsprozesse innerhalb des Dritten Sektors auf höchst unterschiedliche organisatorische Ausgangsbedingungen treffen. Die nachfolgenden stiftungsbezogenen Auswertungen werden daher durch Angaben der befragten Vereine kontrastiert.

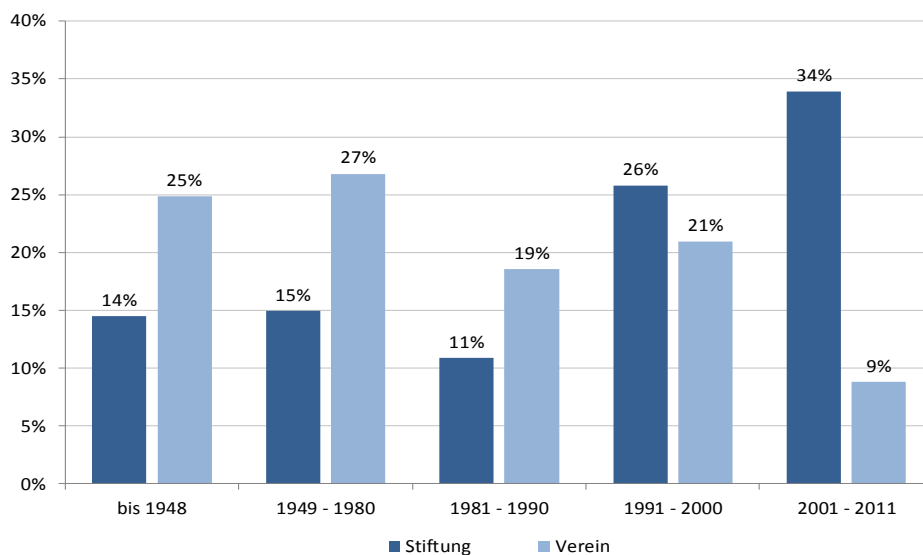
3. Strukturdaten

3.1 Gründungszeitraum

Die Errichtung von Stiftungen hat in Deutschland eine lange Tradition. Gefragt nach ihrem Gründungszeitpunkt gaben in der Organisationsbefragung die ältesten Stiftungen an, bereits seit dem 11. bzw. 14. Jahrhundert zu bestehen. Zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 existierten 14 Prozent der befragten Stiftungen. Im Vergleich dazu waren es unter den Vereinen bereits 25 Prozent (vgl. Abbildung 1).

In dem darauf folgenden Zeitraum zwischen 1949 und 1980 haben ebenfalls rund jede siebte Stiftung (15%) und jeder vierte Verein (27%) ihren Gründungszeitpunkt. Erst ab dem Jahr 1991 steigt der Anteil der Neugründungen bei den Stiftungen deutlich an. Rund ein Drittel (34%) der befragten Stiftungen entstand erst ab dem Jahr 2001 und war zum Befragungszeitpunkt demnach höchstens 10 Jahre alt. Bei den Vereinen liegt dieser Anteil hingegen nur bei rund neun Prozent. Es ist also deutlich zu erkennen, dass eine Vielzahl der Vereine bereits lange besteht, während mehr als die Hälfte der Stiftungen erst in den letzten 20 Jahren errichtet wurde.

Abbildung 1: Gründungszeiträume der befragten Stiftungen und Vereine



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

3.2 Finanzen

Im Rahmen von Befragungen empirisch belastbare Angaben zur Finanzierung zu erhalten, ist allgemein schwierig. Um die Antwortbereitschaft zu stimulieren, wurden daher keine exakten Werte abgefragt, sondern die Organisationen konnten sich bei der Frage nach ihren finanziellen Mitteln im Haushaltsjahr 2010 vorgegebenen Gruppen zuordnen.

Von den Stiftungen gab immerhin gut ein Fünftel (21%) an, dass sie lediglich bis zu 5.000 Euro zur Verfügung hatten (vgl. Tabelle 2). Damit ist der Handlungsspielraum dieser Stiftungen recht eng bemessen. Dies trifft ebenfalls für die zweite Kategorie von 5.000 bis 20.000 Euro zu, in der sich rund 20 Prozent der Stiftungen einordneten. Der Abstand zu den Anteilen der Vereine ist in diesen beiden untersten Einnahmegruppen nur gering.

Tabelle 2: Finanzielle Mittel von Stiftungen und Vereinen insgesamt im Haushaltsjahr 2010

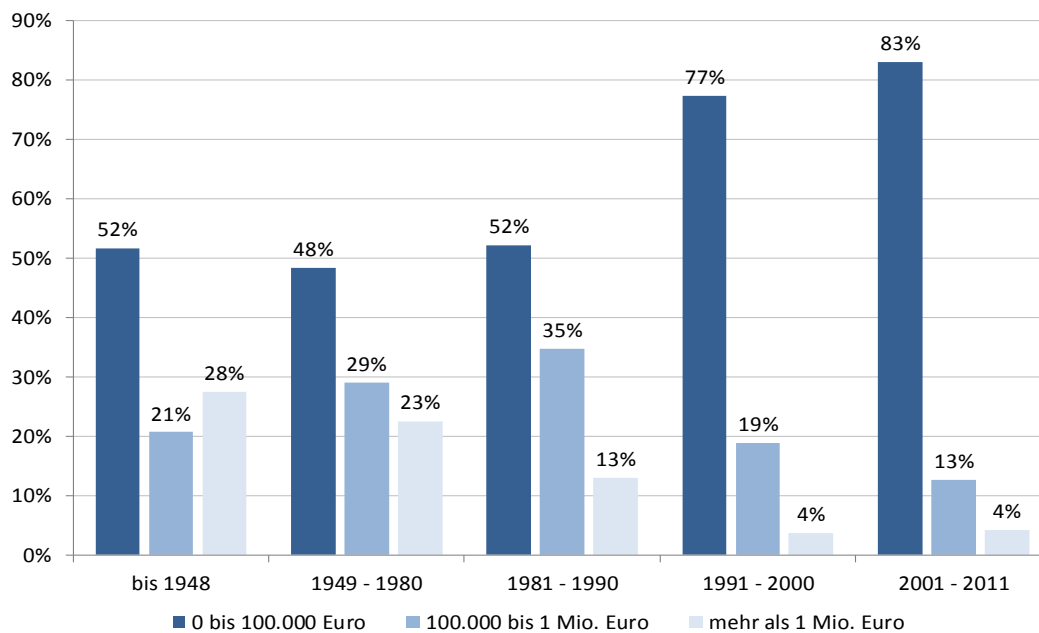
	Stiftungen	Vereine
0 bis unter 5.000 Euro	21%	26%
5.000 bis 20.000 Euro	20%	20%
20.000 bis 100.000 Euro	27%	22%
100.000 bis 500.000 Euro	15%	16%
500.000 bis 3 Mio. Euro	8%	12%
Über 3 Mio. Euro	9%	5%
Gesamt	100%	100%

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Selbst der Anteil der Stiftungen, die über 20.000 bis 100.000 Euro als verfügbare Mittel für das Haushaltsjahr 2010 angaben, ist mit etwas mehr als jeder vierten Stiftung (27%) noch relativ hoch. Nur weniger als jede fünfte Stiftung wies hingegen einen Betrag über 500.000 Euro aus. Wenn man insgesamt einen Vergleich zu den anderen befragten Organisationsformen herstellt, fällt auf, dass die Stiftungen bei den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht wie erwartet, eine uneingeschränkte Spitzenposition einnehmen. Neben einigen wenigen finanzstarken bestehen offensichtlich zahlreiche eher finanzschwache Stiftungen.

Auf die finanzielle Situation der Stiftungen hat nach den Angaben aus der Organisationsbefragung das Alter der Stiftungen einen starken Einfluss (vgl. Abbildung 2: Finanzielle Mittel der Stiftungen im Haushaltsjahr 2010 nach ihrem Gründungszeitpunkt).

Abbildung 2: Finanzielle Mittel der Stiftungen im Haushaltsjahr 2010 nach ihrem Gründungszeitpunkt



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

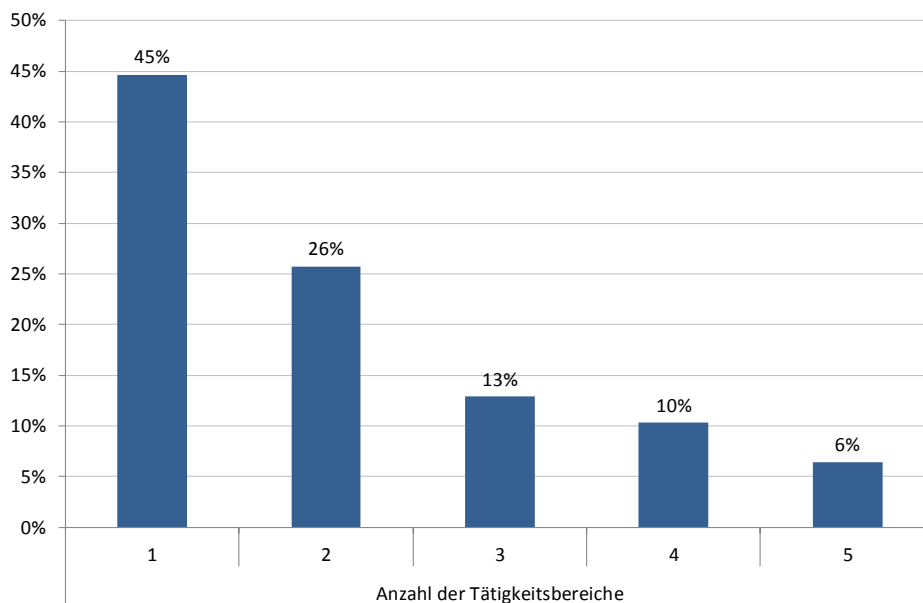
Unter den Stiftungen, die bis 1990 gegründet wurden, verfügte jede zweite über Mittel von bis zu 100.000 Euro. Der Anteil der finanziell mittelgroßen Stiftungen (Einnahmen zwischen 100.000 und 1 Mio. Euro) beträgt in diesem Zeitraum zwischen 21 und 35 Prozent. Unter den seit 1991 gegründeten Stiftungen ist der Anteil mit geringen finanziellen Mitteln hingegen wesentlich größer.

Insgesamt nimmt von den älteren zu den jüngeren Stiftungen der Anteil der finanzstärkeren Stiftungen nahezu kontinuierlich ab. Liegt er noch bei 28 Prozent bei den bis 1948 gegründeten Stiftungen, fällt er bei den in den 1980er Jahren gegründeten bereits auf 13 Prozent ab und stagniert bei den jüngeren bei rund vier Prozent. Dies spricht dafür, dass Stiftungen aktuell eher mit einem geringen Stiftungskapital gegründet werden. Ob sie ihr Stiftungskapital erst schrittweise aufbauen bzw. sie sich erst nach und nach andere Quellen der Mittelbeschaffung erschließen, wäre näher zu untersuchen. Immerhin geben in der Organisationsbefragung 77 Prozent der Stiftungen an, keine Projektförderung und 84 Prozent keine institutionelle Förderung zu erhalten.

3.3 Tätigkeitsbereiche

Stiftungen bewegen sich mit ihren operativen und fördernden Tätigkeiten in einem breiten Spektrum verschiedenster Tätigkeitsbereiche. Dabei sind über die Hälfte der Stiftungen in mehr als einem Bereich tätig (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Stiftungen nach Anzahl der Tätigkeitsbereiche



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012

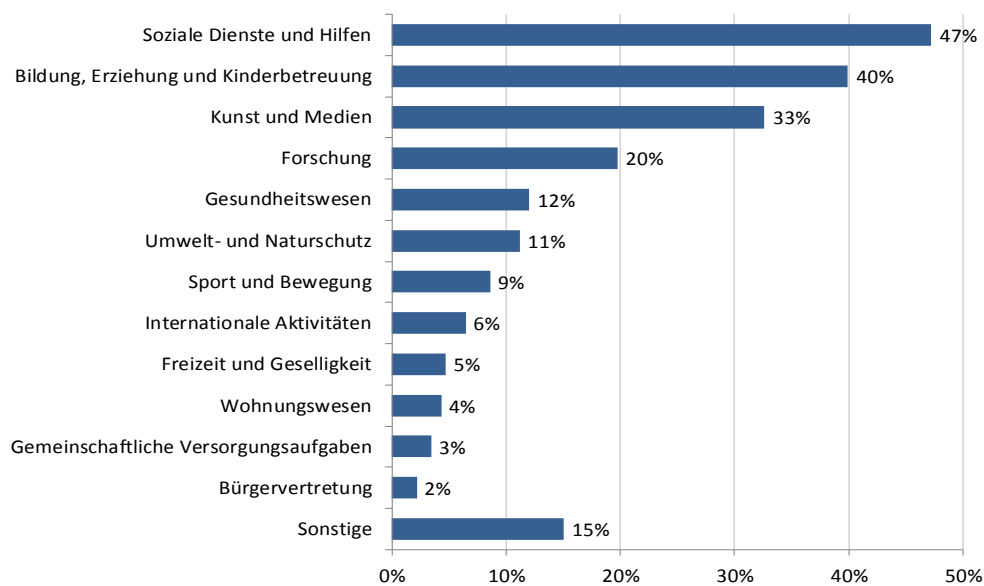
Ein gutes Viertel (26%) gab an, in zwei Tätigkeitsbereichen aktiv zu sein. Für weitere 13 Prozent trafen drei Tätigkeitsbereiche, für zehn Prozent vier Bereiche und immerhin für sechs Prozent der Stiftungen fünf verschiedene Tätigkeitsbereiche zu.

Mit Abstand am häufigsten wird dabei mit 47 Prozent der Bereich „Soziale Dienste und Hilfen“ genannt. Jede Dritte Stiftung nennt ihn als Haupttätigkeitsbereich (vgl. Abbildung 4).

Weitere große Bereiche sind „Bildung, Erziehung und Kinderbetreuung“ (40%), „Kunst und Medien“ (33%) sowie „Forschung“ (20%). Haupttätigkeitsbereiche sind diese für 19, 17 bzw. zehn Prozent der Stiftungen.

In einem geringeren Umfang sind Stiftungen zudem in den Tätigkeitsbereichen „Gesundheitswesen“, „Umwelt- und Naturschutz“, „Sport und Bewegung“, sowie „Internationale Aktivitäten“ zu finden. Obwohl hier je nach Bereich zwischen rund 12 und sechs Prozent der Stiftungen aktiv ist, geben die Stiftungen diese Bereiche nur zu geringen Anteilen als Haupttätigkeitsfeld an. Die Stiftungen sind demnach zwar vielschichtig aufgestellt, es lässt sich dennoch eine deutliche Konzentration ihrer Aktivitäten auf wenige Kernbereiche erkennen.

Abbildung 4: Tätigkeitsbereiche von Stiftungen



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, Mehrfachnennungen möglich.

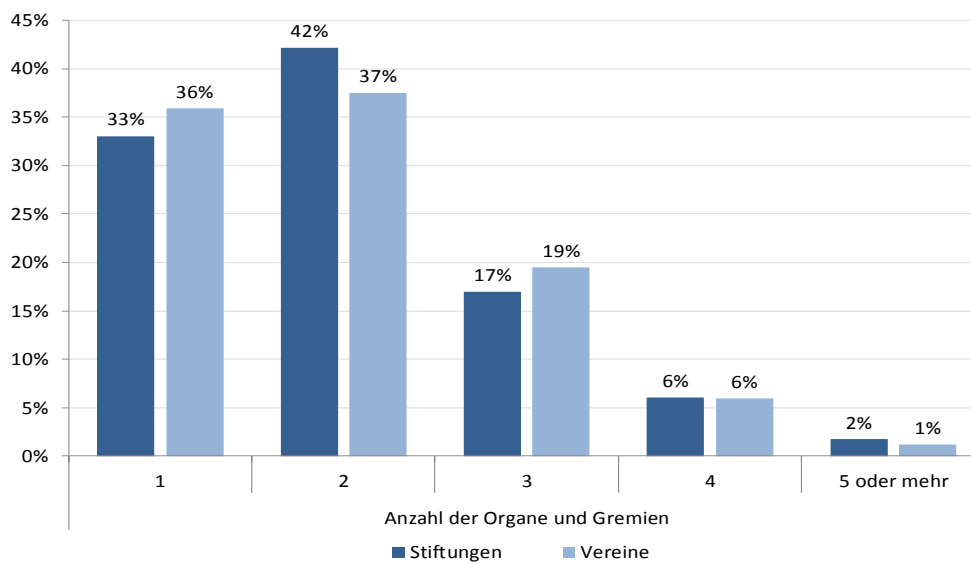
3.4 Gremien und Organe

Stiftungen stehen oft in der Kritik, weil ihnen vorgeworfen wird, dass ihnen im Unterschied zu Mitgliederorganisationen wie Vereinen bestimmte basisdemokratische Strukturen fehlen würden. Doch für die Bewertung des demokratischen Gehalts sind zugleich das Vorhandensein und die Besetzung von weiteren innerorganisatorischen Organen und Gremien von Relevanz.

In der Erhebung „Organisationen heute 2011/2012“ wurden die Organisationen zunächst gefragt, wie viele Organe und Gremien sie haben. Jeweils rund ein Drittel aller befragten Organisationen gab an, nur ein Gremium oder Organ zu haben. Bei den Stiftungen liegt dieser Wert ebenfalls bei 33 Prozent (vgl. Abbildung 5).

Die Unterschiede zwischen den Vereinen und Stiftungen sind auch bei den Anteilen der Organisationen mit zwei oder drei Organen oder Gremien gering. Knapp 60 Prozent der Stiftungen fallen in diese Gruppe. Über vier Organe und Gremien verfügen hingegen nur sechs Prozent der Stiftungen und Vereine, fünf oder gar mehr sind bei höchstens zwei Prozent vorhanden. Es zeigt sich also, dass die überwiegende Mehrheit der Stiftungen und Vereine ihre Entscheidungs- und Beratungsstrukturen auf mehrere Gremien und Organe verteilt. Doch nicht nur das Vorhandensein von Organen und Gremien sondern auch deren personelle Besetzung gewährt einen Einblick in innerorganisatorische Beratungs- und Entscheidungsprozesse.

Abbildung 5: Organisationen nach Anzahl vorhandener Organe und Gremien



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012

Um eine personelle Pluralität beim Einbringen von Wissen und Kenntnissen zu gewährleisten sowie die Kontrolle in den Organisationen zu sichern, sollten möglichst wenige Personen gleichzeitig in mehreren Organen oder Gremien tätig sein. Es zeigt sich hierbei, dass Stiftungen (15%) ihre Organe und Gremien seltener zu einem großen Teil mit den gleichen Personen besetzen als Vereine (25%) (vgl. Tabelle 3). Die teilweise Doppelbesetzung von Personen kommt in Vereinen (43%) sogar rund doppelt so häufig vor wie in Stiftungen (21%).

Tabelle 3: Zusammensetzung der Organe und Gremien in Stiftungen und Vereinen¹

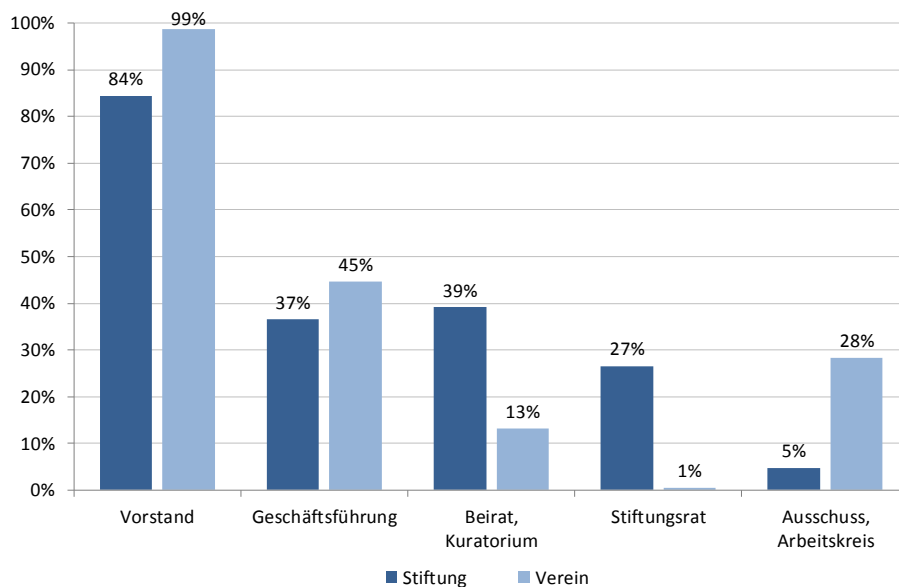
Die Gremien und Organe sind...	Stiftungen	Vereine
zu einem großen Teil mit den gleichen Personen besetzt	15%	25%
teilweise mit den gleichen Personen besetzt	21%	43%
nicht mit den gleichen Personen besetzt	64%	31%
Gesamt	100%	100%

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012

Neben den Fragen zu Anzahl und Besetzung wurde auch nach den konkreten Formen der Organe und Gremien gefragt. Am weitesten verbreitet ist hierbei erwartungsgemäß der Vorstand (vgl. Abbildung 6).

¹ In der Auswertung wurden nur Organisationen berücksichtigt, die mindestens über zwei Organe oder Gremien verfügen.

Abbildung 6: Verbreitung ausgewählter Gremien und Organe in Stiftungen und Vereinen



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012

Unter den befragten Stiftungen haben 84 Prozent einen Vorstand. Vereine erreichen durch die satzungsgemäße Vorschrift einen Wert von annähernd 100 Prozent.

Ein weiteres häufig anzutreffendes Organ ist die Geschäftsführung. Für gut jede zweite befragte Organisation (54%) trifft dies zu. Unter den Stiftungen ist es hingegen nur ein gutes Drittel, unter den Vereinen sind es 45 Prozent. Dass Kuratorium und Beirat (39%) sowie der Stiftungsrat (27%) sich vor allem unter Stiftungen finden lassen, ist nicht überraschend. Bei Vereinen (28%) ist hingegen überdurchschnittlich oft ein Ausschuss oder Arbeitskreis vorhanden. Diese Gremien haben wiederum bei Stiftungen (5%) nur einen geringen Stellenwert.

Eine weitere wichtige Unterscheidung wurde hinsichtlich haupt- oder ehrenamtlicher Ausführung der Tätigkeiten getroffen. Es ist nicht überraschend, dass von den Vereinen 98 Prozent angeben ehrenamtliche Personen im Vorstand zu haben. Die Stiftungen liegen mit 89 Prozent etwas unter diesem Wert. Im Umkehrschluss bedeutet dies allerdings auch, dass gut jede zehnte Stiftung ihren Vorstand rein hauptamtlich besetzt hat.

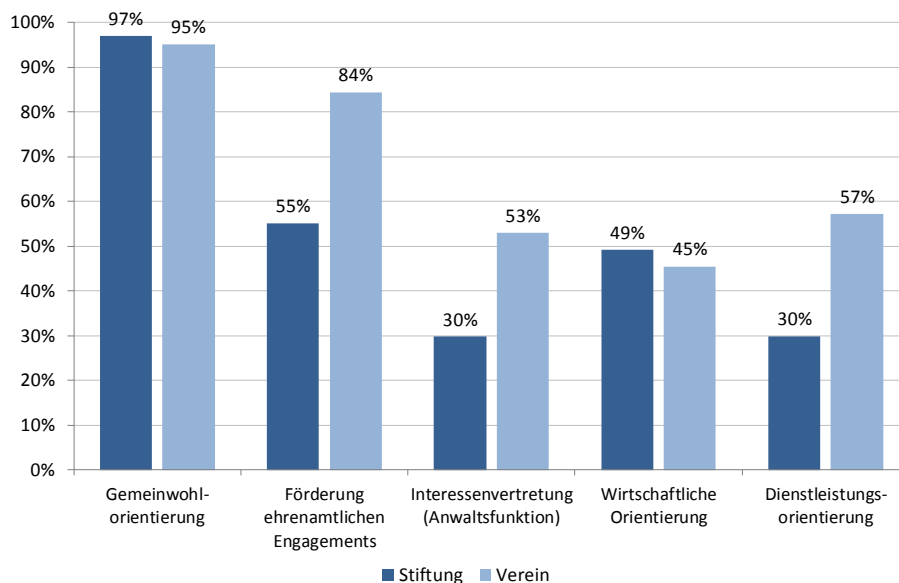
Geschäftsführungen sind erwartungsgemäß häufiger komplett hauptamtlich besetzt. Bei den Stiftungen trifft dies auf 45 Prozent, bei den Vereinen auf ein Drittel (33%) zu. Dagegen bleiben Gremien wie Beirat oder Kuratorium stark vom Ehrenamt geprägt, fast alle Stiftungen (99 %) und jeder Verein geben an, dass hier Ehrenamtliche tätig sind.

4. Orientierungen und Bewertungen

Ihrem Selbstverständnis nach wollen Stiftungen die Gesellschaft aktiv mitgestalten, innovative Ideen voranbringen und fördern, wo die öffentliche Hand nicht fördern kann oder will. Um Rückschlüsse auf das gegenwärtige Selbstbild der Stiftungen ziehen zu können, aber auch um mögliche Verschiebungen in der Ausrichtung – insbesondere zwischen klassischen Missionszielen und neueren wirtschaftlichen Orientierungen – aufzuspüren, wurden im Rahmen der Erhebung die organisatorischen Leitlinien der Organisationen erfragt.

Es kommt dabei der überaus hohe Stellenwert der Gemeinwohlorientierung zum Ausdruck: Rund 97 Prozent der Stiftungen und 95 Prozent der Vereine sehen darin eine wichtige bzw. sehr wichtige Leitlinie für die Arbeit ihrer Organisation (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Organisatorische Leitlinien (Antwort: „wichtig/sehr wichtig“) nach Rechtsform



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements hat erwartungsgemäß für Vereine (84%) eine hohe Relevanz. Doch auch gut jede zweite Stiftung (55%) sieht sich dieser Zielstellung verpflichtet. So ist die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements als elementare Form gesellschaftlicher Mitbestimmung denn auch vielfach in den Programmatiken der Stiftungen festgehalten. Ein etwas unerwartetes Ergebnis ist hingegen der vergleichsweise geringe Anteil der Stiftungen (30%), welcher der traditionellen Anwaltsfunktion ein besonderes Gewicht beimisst. Unter den Vereinen sind es im Vergleich immerhin 53 Prozent. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass sich Stiftungen zwar als Ideenführer sehen bzw. sich mit einer allgemeinen Wächter- oder Unterstützungsfunktion identifizieren können, sich jedoch weniger als Anwälte spezieller Interessengruppen verstehen. Letzteres trifft wohl doch eher

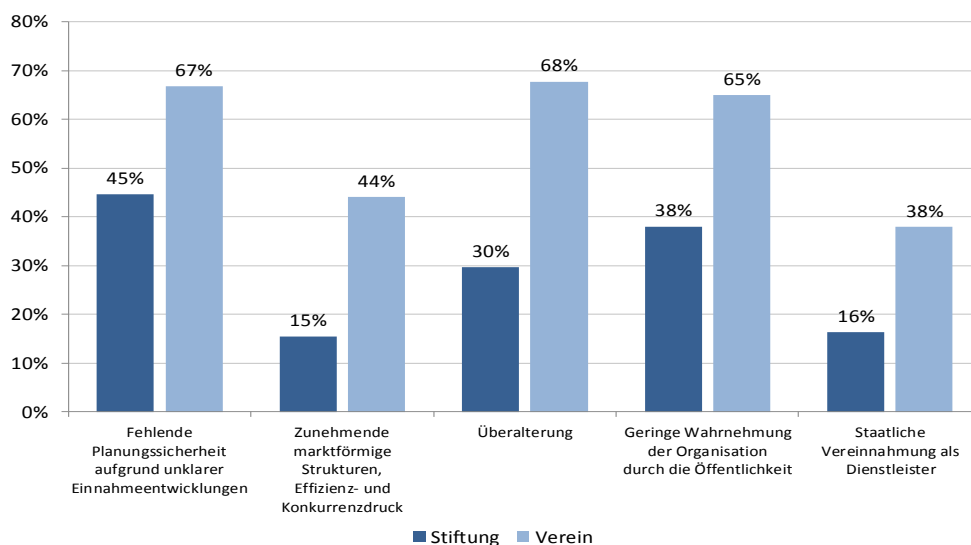
auf die Vereine zu, da sie häufiger die Belange ihrer Mitglieder, Engagierten oder Klient/innen nach außen zu vertreten bzw. über ihre Dachverbände zu vermitteln suchen.

Die Orientierung an wirtschaftlichen Grundsätzen spielt für Stiftungen – wie auch für andere Organisationsformen des Dritten Sektors – inzwischen immer häufiger eine „wichtige“ oder „sehr wichtige“ Rolle. Dies bestätigen 49 Prozent der Stiftungen und 45 Prozent der befragten Vereine. Der Dienstleistungsorientierung messen hingegen nur rund halb so viele Stiftungen (30%) wie Vereine (57%) ein hohes bzw. sehr hohes Gewicht bei. Dies lässt sich darauf zurückzuführen, dass Vereine deutlich häufiger als Stiftungen personenbezogene Aufgaben in den Bereichen Soziales oder Gesundheit übernehmen.

Somit wird deutlich, dass wirtschaftliche und teils auch Dienstleistungsorientierungen aus dem Wirken vieler Stiftungen nicht mehr wegzudenken sind. Sie haben bisher allerdings nicht die gleiche Bedeutung erlangt wie in anderen Rechtsformen des Dritten Sektors und stehen zudem auch weiterhin hinter traditionellen Leitlinien wie der Gemeinwohlorientierung zurück. Dies sollte so bleiben, damit die Stiftungen ihre wichtigen innovativen und „Feuerwehr“-Funktionen in der Zivilgesellschaft auch künftig erfüllen können.

Bei der Betrachtung aktueller Problemlagen ist zunächst generell festzustellen, dass Stiftungen im Vergleich aller Rechtsformen mit Abstand die geringsten Probleme verzeichnen. Dies ist wohl nicht zuletzt auf ihren zumeist festen eigenen Kapitalstock und die hohe Stabilität in ihren inneren Strukturen und ihren Arbeitsweisen zurückzuführen. Dennoch zeichnen sich auch auf vergleichsweise niedrigem Niveau einzelne Problemschwerpunkte ab.

Abbildung 8: Aktuelle Problemlagen (Antwort: „Ja“) nach Stiftungen und Vereinen



Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012.

So belasten etwa zunehmende marktförmige Strukturen sowie Effizienz- und Konkurrenzdruck Stiftungen vergleichsweise selten. Nur 15 Prozent unter ihnen sehen dies als Problem, unter den Vereinen sind es hingegen 44 Prozent (vgl. Abbildung 8). Letztere stehen deutlich häufiger in Konkurrenz um finanzielle Mittel aber auch um Klient/innen oder Mitglieder. Von fehlender finanzieller Planungssicherheit auf Grund unklarer Einnahmeentwicklungen sind jedoch immerhin 45 Prozent der Stiftungen betroffen. Dies ist für Stiftungen ein durchaus beachtlicher Anteil, gelten sie doch als weitaus weniger abhängig von externen Finanzmitteln. Offenbar werden in vielen Stiftungen inzwischen auch Folgen der krisenhaften Finanzmarktsituation spürbar. Insbesondere die dauerhaft niedrigen Kapitalrenditen können zu Verlusten aus Vermögenseinkünften führen, jedoch kann sich das Antwortverhalten zum Teil auch durch einen krisenbedingten Rückgang des Spendenaufkommens erklären.

Auch der demografische Wandel ist in den Stiftungen ein Thema. Von Problemen mit der Überalterung berichtet fast jede dritte Stiftung. Dabei ist zu beachten, dass lediglich 36 Prozent der befragten Stiftungen über hauptamtliche Mitarbeiter/innen verfügen. Gerade die große Anzahl kleiner Stiftungen trägt sich weitgehend über das unbezahlte Engagement des Stifters oder der Stifterin. Immerhin 38 Prozent der Stiftungen wünschen sich zudem eine größere öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Aktivitäten. Die Gründe dafür sind vielfältig: so möchten manche Stiftungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, um Zustiftungen oder Spendengelder für ihre Projekte einzuwerben. Gerade für kleine Stiftungen, die mit einem geringen Grundvermögen ausgestattet sind, ist die Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit daher enorm wichtig. Für viele operative Stiftungen ist eine gute Außenwahrnehmung aber auch deshalb notwendig, da ihnen daran gelegen ist, ihre speziellen Themen im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Schließlich beobachtet immerhin jede achte Stiftung (16%) eine Tendenz zur Vereinnahmung als Dienstleister durch den Staat. Dies ist zwar ein vergleichsweise geringer Anteil (Vereine: 38%), aber doch ein Zeichen dafür, dass auch Stiftungen zunehmend zum Adressaten werden, wenn staatlicherseits Verantwortung auf den Dritten Sektor delegiert werden soll – eine nicht unproblematische Entwicklung, liegt doch gerade in ihrer Unabhängigkeit eine der großen Stärken der Stiftungslandschaft.

5. Kooperationen und Transparenz

Für die Effizienz und Wirksamkeit der Stiftungsarbeit hat die Zusammenarbeit mit anderen Nonprofit-Organisationen, dem Staat und privatwirtschaftlichen Unternehmen einen hohen Stellenwert. Aus der aktuellen Entwicklung sind bislang vor allem zahlreiche Beispiele aus der Zusammenarbeit von größeren Stiftungen bekannt. Wie sich das Kooperationsverhalten insgesamt im Stiftungsbereich darstellt, kann mit Angaben aus der Organisationsbefragung näher analysiert werden.

Während 61 Prozent der Stiftungen angaben, mit anderen Einrichtungen, Institutionen oder Unternehmen zusammenzuarbeiten, waren es bei den Vereinen deutlich mehr (80%). Allerdings ist das Ergebnis, dass sechs von zehn Stiftungen Kooperationsbeziehungen ausweisen, nicht zu unterschätzen. Der im Vergleich zu den Vereinen geringere Anteil von Stiftungen, die eine regelmäßige Zusammenarbeit ausweisen, kann aus dem speziellen Selbstverständnis der Stiftungen herrühren. Stiftungen sehen sich häufig in einem besonderen Maße exklusiv einer bestimmten abgegrenzten Aufgabe, einem Bereich oder einer Personengruppe verpflichtet. Damit wollen sie dem Anliegen der Stifterin bzw. des Stifters in einem besonderen Maße gerecht werden.

Wenn man die Organisationen nach ihren unterschiedlichen Kooperationspartnern fragt, fallen die Unterschiede zwischen Stiftungen und Vereinen nur gering aus (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen, Institutionen oder Unternehmen

Regelmäßige Zusammenarbeit mit ...	Stiftungen	Vereine
Nonprofit-Organisationen	62%	71%
Staatlichen/kommunalen Einrichtungen	58%	60%
Privatwirtschaftlichen Unternehmen	18%	19%

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012, Mehrfachnennungen möglich.

Lediglich bei der regelmäßigen Zusammenarbeit mit anderen Nonprofit-Organisationen liegen die Werte der Stiftungen mit 62 Prozent spürbar unter jenen der Vereine (71%). Es fällt weiter auf, dass der Anteil der kooperierenden Organisationen mit staatlichen und kommunalen Einrichtungen relativ hoch ist. Bei jeweils über der Hälfte der Stiftungen und Vereine mit Kooperationen erfolgen diese mit dem Staat. Hingegen besteht eine Zusammenarbeit mit Marktunternehmen bei nur rund jeder fünften Stiftung und rund jedem fünften Verein. Zumindest bei den Stiftungen hätte man in dieser Hinsicht höhere Werte erwarten können.

Die im Vergleich zu den Vereinen geringere Kooperationshäufigkeit der Stiftungen zeigt sich durchgängig in den einzelnen Kooperationsformen. In jeder der abgefragten Formen geben die Vereine zum Teil beträchtlich häufiger an, diese zu nutzen (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Formen der Kooperation

Kooperationsformen	Stiftungen	Vereine
Informationsaustausch	66%	86%
Gemeinsame Aktionen/Projekte	70%	83%
Erschließung finanzieller Mittel	32%	44%
Gewinnung Ehrenamtlicher	17%	20%
Öffentlichkeitsarbeit	39%	61%
Interessenvertretung, Lobbying	22%	50%
Gemeinsame Angebote	24%	40%
Organisation von Protesten	3%	15%

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012

Bei den Stiftungen stechen besonders die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Projekte (70%), der Informationsaustausch (66%), die Öffentlichkeitsarbeit (39%) und die Erschließung finanzieller Mittel (32%) als die am häufigsten praktizierten Kooperationsanlässe hervor. Im Sinne des bereits dargestellten Alleinstellungsanspruchs finden Kooperationen bei Interessenvertretung und Lobbying, bei der Erstellung gemeinsamer Angebote oder bei der Organisation von Protesten weit weniger Anklang.

Unter einem anderen Gesichtspunkt, aber mit den Formen der Zusammenarbeit in enger Verbindung, stehen die Angaben zur Transparenz. Den Stiftungen wurde in den letzten Jahren häufig der Vorwurf fehlender Transparenz gemacht. Nach den Angaben der Organisationsbefragung nutzen 65 Prozent der Stiftungen Instrumente öffentlicher Transparenz, Vereine geben dies zu 88 Prozent und damit zu einem weit höheren Anteil an.

Tabelle 6: Nutzung von Instrumenten öffentlicher Transparenz

	Stiftung	Vereine
Transparenzinitiativen	24%	5%
Öffentlicher Zugang von Unterlagen	58%	64%
Informationen zu Personal- und Organisationsstrukturen	19%	32%
Offenlegung Mitgliedschaften und vertragliche Bindungen	6%	18%
Öffentliche Tätigkeitsberichte	52%	60%
Gezielte Medienarbeit	56%	81%

Datenbasis: Organisationen heute 2011/2012

Am häufigsten nutzen die Stiftungen die Veröffentlichung von Unterlagen (58%), die gezielte Medienarbeit (56%) und die Tätigkeitsberichte (52%) um die Transparenz ihrer Organisationstätigkeit herzustellen (vgl. Tabelle 6). Diese Instrumente finden weitaus häufiger Zuspruch als die Form der Transparenzinitiative, zu der sich nur jede vierte Stiftung (24%) in der Organisationsbefragung bekannte.

6. Fazit

Bereits der vorliegende kurze Einblick in die Ergebnisse der Organisationsbefragung „Organisationen heute 2011/2012“ macht deutlich, dass auf diesem Wege die empirische Datenbasis für den Stiftungsbereich erweitert und bestehende Lücken geschlossen werden können. Zudem entstehen durch die Einbeziehung verschiedener gemeinnütziger Rechtsformen in die Erhebung umfangreiche Vergleichsmöglichkeiten. Die Stiftungen in Relation zu den anderen gemeinnützigen Rechtsformen – wie jener des Vereins – zu betrachten, erweitert den Interpretationsrahmen und zeichnet teilweise ein anderes als das bekannt Bild von der Stiftungslandschaft. Ein wesentlicher Grund ist darin zu sehen, dass in der Organisationsbefragung die kleineren Stiftungen ein größeres Gewicht erhalten. Während in Stiftungsdatenbanken gerade die Angaben der größeren Stiftungen allein durch ihre umfangreichere Öffentlichkeitsarbeit größeren Raum einnehmen, haben in der Organisationsbefragung alle Stiftungen die gleichen Chancen zur Beantwortung des Fragebogens. Zudem bieten die Inhalte der Organisationsbefragung Möglichkeiten neuer Betrachtungsperspektiven.

Die Angaben der Organisationsbefragung zeigen, dass die finanzschwachen Stiftungen offensichtlich den gesamten Bereich dominieren. Gerade bei den jüngeren Stiftungen ist der Anteil jener, die nur über geringe finanzielle Mittel verfügen, hoch. Bezogen auf die im Haushaltsjahr 2010 verfügbaren finanziellen Mittel unterscheiden sich Stiftungen und die Vereinslandschaft anteilig kaum. Lediglich in der Kategorie über 3 Millionen Euro fällt der höhere Anteil der Stiftungen deutlich ins Gewicht. Da die Gesamtzahl der Stiftungen aber bei etwa 18.000 und jene der Vereine bei etwa 600.000 liegt, dürfte insgesamt der wirtschaftliche Stellenwert bzw. der Einsatz von finanziellen Mitteln durch Stiftungen bislang eher überbewertet sein.

Die Stiftungen sehen sich zudem einem geringeren Problemdruck gegenüber als die Vereine. Fehlende Planungssicherheit, zunehmende marktförmige Strukturen, Effizienz- und Kostendruck oder Überalterung sind als Probleme für deutlich geringere Anteile von Stiftungen von Relevanz. Ob dies auf eine größere Effizienz bzw. Professionalität in der Arbeitsweise der Stiftungen zurückzuführen ist, wäre zu untersuchen. In diesem Zusammenhang ist das Ergebnis interessant, dass im Vergleich zu den Vereinen ein

geringerer Anteil der Stiftungen mit anderen Einrichtungen, Institutionen oder Unternehmen zusammenarbeitet. Dies trifft insbesondere für Kooperationsbereiche, wie das Lobbying, die Öffentlichkeitsarbeit, die Erschließung finanzieller Mittel oder die Erstellung gemeinsame Angebote zu.

Nach den Angaben der Organisationsbefragung sind bezogen auf die haupt- und Nebentätigkeiten überraschend hohe Anteile der Stiftungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Erziehung, Kunst und Medien sowie Forschung aktiv – alles Bereiche, in denen eine Versorgung durch staatliche Institutionen und Einrichtungen zu erwarten ist. Insofern stellt sich die Frage, ob die Stiftungen eine Lückenbüsserfunktion erfüllen oder eher bewusst eine Gegenbewegung zur staatlichen Versorgung darstellen. Bislang sieht jedenfalls nur ein kleiner Teil (16%) für sich die Gefahr der staatlichen Vereinnahmung als Dienstleister. In diesem Zusammenhang hebt sich die hohe Gemeinwohlorientierung der Stiftungen als wichtige Leitlinie ihrer Tätigkeit hervor. Anders als erwartet, misst hingegen nur ein Drittel der Stiftungen der Anwalts- bzw. Interessenvertretungsfunktion besondere Bedeutung zu.

Hinsichtlich ihrer demokratischen Strukturen bedarf das Bild von den Stiftungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Organisationsbefragung zumindest partiell einer Korrektur. Zwar verfügen Stiftungen über keine Mitgliederversammlung, nach der Anzahl der Organe und Gremien unterscheiden sie sich jedoch kaum von den Vereinen. Überschneidungen bei der personellen Besetzung in Organen und Gremien, d.h. dass dieselben Personen in mehreren Organen und Gremien aktiv sind, sind bei den Vereinen sogar häufiger anzutreffen als bei den Stiftungen.

III. Das US-amerikanische Foundation Center und seine Datenquellen

Stefanie Lysk

Initiative ProDialog

Gesellschaft zur Förderung von Demokratie und Engagement mbH

Die Bereitstellung von Informationen über Stiftungen, deren Förderprogramme, Stipendien und Projekte ist in den USA eng mit dem Namen einer Organisation verbunden: dem Foundation Center in New York. Die Datenerfassung von gemeinnützigen Organisationen in den USA ist dabei auch eine Frage der Organisationsform. Je nachdem, ob es sich um eine *private foundation* oder eine *public charity* handelt ¹, unterscheiden sich die Meldungsmodalitäten an die US-Steuerbehörde (IRS). Diese stellt die erste Anlaufstelle für die Datenerfassung über gemeinnützige Organisationen dar. Zahlreiche Verbände in den USA unterhalten zwar eigene Datenbanken, die über Fördermöglichkeiten informieren; zum Teil sind es die Stiftungen und Organisationen selbst, die Informationen zur eigenen Förderung und eine Suche nach passenden Gebern zur Verfügung stellen. Das Foundation Center in New York ist der zentrale Punkt in den USA an dem all diese Daten gesammelt und aufgearbeitet werden.

Insgesamt setzt sich der US-amerikanische Nonprofit-Sektor aus ca. 1,4 Mio. steuerbefreiten Organisationen zusammen, dazu zählen 956.738 *public charities*, 97.435 *private foundations* und 370.745 Organisationen in anderen Formen, z.B. Handelskammern und zivilgesellschaftliche Vereinigungen. ²

Das Foundation Center, 1956 gegründet und eine der führenden Informationsquellen über gemeinnützige Organisationen und Programme weltweit, sammelt nun, u.a. auf Grundlage der Angaben durch die IRS, Daten von NPOs. Diese werden in drei primären Datenbanken verarbeitet und den Nutzern zur Verfügung gestellt. Über die für NPOs eher uninteressante Datenbank *Foundation Grants to Individuals Online* kann nach Fördergeldern für Individuen, in erster Linie nach Stipendien, gesucht werden. Die Datenbanken *Foundation Directory*

¹ *Foundations* im amerikanischen Sinne sind nicht den deutschen Stiftungen gleichzusetzen. Es können mehrere Rechtsformen gemeint sein. Für eine detaillierte Unterscheidung der einzelnen Rechtsformen vgl. Hartnick, Susanne, 2007: Kontrollprobleme bei Spendenorganisationen – ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und den USA, Tübingen, S.697-740.

² Vgl. Blackwood, Amy S. et al., 2012: The Nonprofit Sector in Brief, abrufbar unter: <http://www.urban.org/UploadedPDF/412674-The-Nonprofit-Sector-in-Brief.pdf>, letzter Zugriff: 18.09.2013.

Online Professional und *Philanthropy In/Sight* stellen die zentralen Ergebnisse der Datenaufbereitung dar und geben Aufschluss über die geografische und thematische Verteilung sowie die Höhe von Fördergeldern. Zudem enthält das *Directory* ausführliche Informationen zu den fördernden Organisationen und ihren Programmen, Bewerbungsmodalitäten und Kontaktenstellen. Die Darstellung entspricht einer tabellarischen bzw. gelisteten Form. *Philanthropy In/Sight* dagegen setzt auf eine kartografische Darstellung mithilfe des Klassifikationssystems *GeoTree*. Der Benutzer kann sich weltweit oder auf einzelne Länder beschränkt die Verteilung und Höhe von Fördergeldern sowie die dazugehörigen Empfänger und Geber anzeigen lassen. Daneben ermöglichen demografische Karten zur Arbeitslosigkeit oder zum Einkommen eine zweite Dimension der Darstellung, indem diese Karten über die Fördergeldverteilung gelegt werden können. Allerdings ist dieses Tool vorerst nur für die USA verwendbar.

Die für eine so umfangreiche Darlegung benötigten Daten werden in den USA auf mehrere Weisen gesammelt. Die Informationen zu den 108 000 Förderern³ – Wohltätigkeitsorganisationen, Stiftungen und Unternehmensspender – in den Datenbanken des Foundation Centers speisen sich dementsprechend aus mehreren Quellen. Die umfassendste Informationsquelle ist die US-Steuerbehörde (IRS). Über die Formulare 990 und 990 PF erfasst die IRS gemeinnützige Organisationen. Dabei spielen die unterschiedlichen Rechtsformen eine entscheidende Rolle. Bspw. müssen *public charities*, die ihr Vermögen zumeist aus mehreren Quellen beziehen und oft eine breite öffentliche Unterstützung erhalten, nicht jede Förderung oder Spende offenlegen. In jedem Fall gilt: jede gemeinnützige Organisation, die mehr als \$25 000 im Jahr an Spenden erhält, muss dies der IRS melden. Die Behörde erstellt Prüfberichte, die wiederum öffentlich zugänglich sind und eingesehen werden können.⁴ Dies ist ein Ausgangspunkt der Datenakquise des New Yorker Foundation Centers.

Zudem veröffentlichen viele Organisationen Daten über die von ihnen eingenommenen oder getätigten Spenden. Dies geschieht einerseits freiwillig – Philanthropie hat in den USA einen weit höheren Stellenwert als bspw. in Deutschland –, andererseits sind gemeinnützige Organisationen z.T. dazu verpflichtet, jährliche Berichte über ihre Einnahmen und Ausgaben zu erstellen. Das Foundation Center nutzt diese dementsprechend. Es recherchiert auf den Websites der Förderer, studiert deren Jahresberichte und Bewerbungsrichtlinien für

³ Ca. 94 000 davon sind Organisationen mit Sitz in den USA. Vgl. Foundation Center (Hrsg.), 2012: Plan 2020, abrufbar unter: <http://2020.foundationcenter.org/>, letzter Zugriff: 18.09.2013.

⁴ Vgl. Lanzen, Jörg, 2003: Kulturbegriff und Stiftungswesen. Die amerikanische Stiftungslandschaft von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Triest, S.200.

Fördergelder und nutzt die Fachpresse, d.h. Blogs, Newsletter oder Feeds. Außerdem stehen die Mitarbeiter in persönlichem Kontakt zu vielen der in den Datenbanken vertretenden Organisationen und erhalten so aktuelle Informationen. Das Foundation Center ermuntert die Stiftungen zugleich, über ihre *grants* (Förderungen) zu informieren. Dafür hat die Organisation einen RSS Feed eingerichtet, der über die Plattform *Glasspockets* läuft und zum einen Transparenz fördern, zum anderen akkurate wie aktuelle Informationen garantieren soll. Insgesamt setzen sich die Daten aus 35 verschiedenen Quellen zusammen.

Daten zu sammeln und zu erfassen, war und ist also für das Foundation Center in den USA kein großes Problem. Die Internationalisierung aber stellte die Mitarbeiter vor eine immense Herausforderung. So begann das internationale Zeitalter der New Yorker Organisation erst 2009 mit dem Launch der *Philanthropy In/Sight*. Bis dahin sammelte das Center lediglich Daten US-amerikanischer Stiftungen. Das Problem lag schlicht in der Verfügbarkeit von Daten, schließlich gibt es kein weltweit verfügbares 990 Formular, über das unkompliziert Steuerdaten bezogen werden könnten. Das Foundation Center verfolgt mehrere Lösungsansätze für das Problem. Zunächst rief es internationale Stiftungen und gemeinnützige Organisationen dazu auf, Daten über getätigte oder erhaltene Förderungen zu melden, am besten über eine eigens eingerichtete elektronische Förderliste. Um in die *Philanthropy In/Sight* aufgenommen zu werden, gibt es dennoch eine Hürde. Prinzipiell werden alle Förderungen über \$10.000 von Stiftungen, die insgesamt mindestens \$5.000.000 spenden, aufgenommen. Dies trifft für ca. $\frac{3}{4}$ der US-Stiftungen zu. Es gibt auch Ausnahmen, gerade für Organisationen, die nicht in den USA beheimatet sind. Der niedrigste Wert liegt bei einem \$1.000 *grant*.

Darüber hinaus entwickelte das Foundation Center mehrere Plattformen und Netzwerke, die bei der internationalen Datenakquise behilflich sind. Ein solches Netzwerk ist WINGS (*Worldwide Initiative for Grantmaker Support*), das zugleich einen wichtigen Beitrag bei der Standardisierung der Datenerfassung geleistet hat. Das Foundation Center beruft sich zudem auf seine weltweiten Partner, wie auch das Foundation Center Berlin c/o Initiative ProDialog einer ist. So konnten den US-Datenbanken aus den Partnerinstitutionen in Asien, Australien und Lateinamerika 15.000 Nonprofits mit 39.000 Förderungen von nicht US-Förderern hinzugefügt werden.⁵ Allerdings sind der Datensammlung im Hinblick auf die Datenschutzgesetze in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Grenzen gesetzt, dies gilt insbesondere für die europäischen Länder.

⁵ S. Foundation Center (Hrsg.), 2013: Annual Report 2012. Zu nennen sind hier bspw. Das China Foundation Center oder das Mexican Center for Philanthropy. Vgl. dazu auch <http://www.wingsweb.org/?GlobalDataCollect>, letzter Zugriff: 16.09.2013.

Weitere Partner in der Erfassung und Sammlung von Daten sind die Weltbank, TechSoup Global und Development Gateway. Hier stehen allerdings andere Formen der Philanthropie im Vordergrund, die bisweilen für das Foundation Center eine untergeordnete Rolle gespielt haben: die Verbindung philanthropischer Daten mit dem Strom internationaler und staatlicher Hilfsgelder.⁶

Schlussendlich kann das Foundation Center auf die Mitwirkung vieler großer Stiftungen und gemeinnütziger Organisationen in den USA setzen, da es sich zu einem zentralen Spieler im Dritten Sektor entwickelt hat, der Nonprofits hilft, geeignete Förderangebote zu finden. Ein weltweites Netz an Informationsträgern und nicht zuletzt die US-Bundessteuerbehörde sind die entscheidenden Elemente dieser Erfolgsgeschichte der Datensammlung und -bereitstellung.

⁶ Vgl. ebd.

IV. Wohlstand als treibende Kraft für Stiftungen im internationalen Vergleich

Dr. Martin Blickenstorfer

Im Gegensatz zu mitgliedschaftlich strukturierten Organisationsformen wie dem Verein oder der Genossenschaft, die das Erscheinungsbild zahlreicher Zivilgesellschaften prägen und bei denen das Mitglied bzw. der Genossenschafter bereits mit vergleichsweise kleinen (Geld-)Beträgen (dem Mitgliederbeitrag) an der Zweckerfüllung der Organisation teilhaben kann, erfordert die Errichtung einer Stiftung in der Regel substantiellere materielle Einlagen. Darauf deutet bereits die Definition des Stiftungsbegriffs, wie er in vielen europäischen Ländern in den jeweiligen gesetzlichen Grundlagen zum Stiftungswesen umschrieben wird. So ist vielerorts von der Widmung eines bestimmten Vermögens für einen spezifischen Zweck die Rede, wobei die Art des Vermögens nicht weiter expliziert wird. In den meisten Fällen sieht der Gesetzgeber auch keinen konkreten Mindestbetrag vor, der für eine Stiftungserrichtung notwendig wäre. Im Stiftungsrecht mehrerer Länder wird aber festgehalten, dass das gewidmete Vermögen ausreichend sein muss, um eine sinnvolle Zweckverfolgung und den Betrieb der dafür notwendigen Infrastruktur zu gewährleisten. In der Praxis haben deshalb die Stiftungsaufsichtsbehörden einiger Länder als Mindestbeträge zu interpretierende Richtwerte definiert, die eine längerfristige Verwirklichung des Stiftungszwecks sicherstellen sollen. Aufgrund der Gesetzestexte wird also auch ohne konkrete Angaben zum Mindestvermögen rasch ersichtlich, dass es sich bei der Errichtung einer Stiftung um eine längerfristige und kapitalintensive Angelegenheit handelt.

Empirische Studien zeigen denn auch, dass wohlhabende Menschen nicht nur eine höhere Spendenneigung aufweisen als mittelständische Personen, sondern auch einen Grossteil der Stifter stellen (Helmig & Hunziker 2007; Ostrower 1997; Sargeant & Mackenzie 1998; Timmer 2005). Zudem wirkt zusätzliches Einkommen oder ein plötzlicher Vermögenszuwachs oft als Auslöser für die Errichtung einer Stiftung. Dies erfordert demnach ein gewisses Wohlstandsniveau, über das nicht alle sozialen Schichten verfügen. Eine genauere Betrachtung des Zusammenspiels zwischen der Verbreitung gemeinnütziger Stiftungen (gemessen an der Stiftungsdichte, d.h. der Anzahl gemeinnütziger Stiftungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl) und der Verteilung des Vermögens innerhalb der Gesellschaft (gemessen am Vermögens-Gini-Koeffizienten) zeigt, dass nicht nur Stiftungsaktivität und Wohlstand alleine, sondern auch Stiftungsaktivität und Wohlstandsverteilung in Zusammenhang stehen. In einer komparative Studie, die am Verbandsmanagement Institut (VMI) der Universität Freiburg/CH durchgeführt wurde, ist dieser Zusammenhang zunächst für drei Länder des deutschsprachigen Raums (Deutschland, Österreich und die Schweiz)

festgehalten worden. Er lässt sich aber auch in einem breiteren länderübergreifenden Kontext nachweisen, wie die folgende Abbildung 1 zeigt.

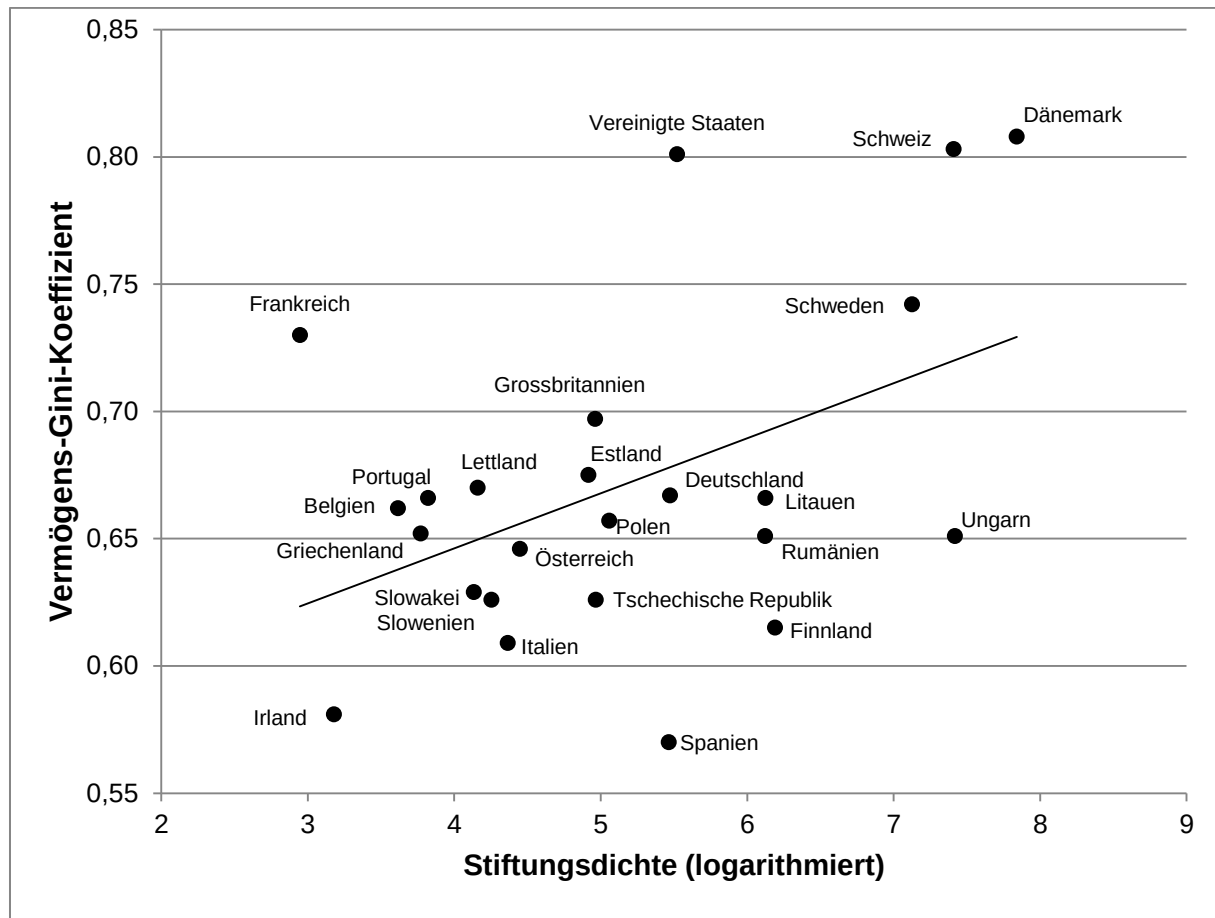


Abbildung 1: Zusammenhang von Stiftungsdichte und Vermögensverteilung im internationalen Vergleich.¹

In der dargestellten Abbildung 1 fallen zunächst die hohen Werte des Vermögens-Gini-Koeffizienten für die skandinavischen Länder Schweden und Dänemark auf, denn in Bezug auf die Einkommensverteilung weisen diese dank der stark ausgebauten sozialen Wohlfahrtssysteme typischerweise eine sehr egalitäre Verteilung auf. Gerade wegen dieser engmaschigen sozialen Netze fehlt den Einwohnern dieser Länder aber der Anreiz zu privatem Sparen, was sich in einer ungleichen Vermögensverteilung niederschlägt (Skopek et al. 2011). Weiter sollen Frankreich und Spanien etwas genauer betrachtet werden, da die beiden Fälle deutlich vom geschilderten Muster abweichen. Das erstgenannte Land fällt durch eine der geringsten Stiftungsdichten auf, gepaart mit einer ungleichen Vermögensverteilung, während die zweitgenannte Nation mit einer eher hohen

¹ Eigene Darstellung, Daten aus Bundesverband Deutscher Stiftungen (2012); Davies et al. (2009, Appendix V); Eckhardt et al. (2012); Foundation Center (2012); Hopt et al. (2009) sowie Schneider et al. (2010).

Stiftungsdichte, jedoch der egalitärsten Vermögensverteilung unter den verglichenen Ländern aufwartet. Für die geringe Stiftungsdichte in Frankreich lassen sich vornehmlich zwei Gründe anführen: Zum einen ist sie als eine Spätfolge der mit dem *Le Chapelier*-Gesetz Ende des 18. Jahrhunderts besiegelten restriktiven Politik gegenüber privaten Organisationsformen zu betrachten (Strachwitz 2010, 63 f.). Andererseits spielt hier der Effekt zweier in Frankreich dominierenden Dachorganisationen (die *Fondation de France* und das *Institut de France*) mit, unter deren Schirmherrschaft zahlreiche Philanthropen mit stiftungsähnlichen privaten Vermögen unterschiedlicher Grösse gemeinnützige Zwecke verfolgen. Da es sich dabei jedoch nicht um selbständige Stiftungen im eigentlichen Sinne handelt, fliessen diese auch nicht in die Stiftungsstatistik mit ein, so dass die Anzahl der Stiftungen in Frankreich vergleichsweise bescheiden bleibt (Rozier 2007). In Spanien hingegen hat sich ein beträchtlicher Stiftungssektor entwickelt, der hauptsächlich aus operativen Stiftungen besteht. Die dortige verhältnismässig gleichmässige Vermögensverteilung ist auf die gegensätzliche Wirkung von zwei separaten Vermögenskomponenten zurückzuführen: Während das Geldvermögen in Spanien eher ungleich verteilt ist, wird dieser Effekt durch eine vergleichsweise egalitäre Verteilung des Immobilienvermögens moderiert, so dass in Spanien die Vermögenskonzentration, gesamthaft betrachtet, im Vergleich zum übrigen Europa gering ausfällt (Azpitarte 2010).

Die genauere Betrachtung des postulierten Zusammenhangs zwischen Stiftungsdichte und Vermögenskonzentration, der sich in Abbildung 1 anhand der eingezeichneten Trendlinie bereits erahnen lässt, ergibt eine statistisch signifikante, mittelstarke positive Korrelation zwischen der Vermögensverteilung und der Stiftungsdichte für ausgewählte europäische Länder sowie die Vereinigten Staaten ($r=0.46$, $p < 0.05$). Damit werden die oben angeführten empirischen Befunde gestützt, wonach es zur Errichtung einer Stiftung eines gewissen Wohlstandsniveaus bedarf und folglich Personen als Stifter in Erscheinung treten, die über Vermögensteile verfügen, die sie nicht unmittelbar zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts benötigen. Die Ergebnisse lassen sich auch dahingehend interpretieren, dass der Bedarf an gemeinnützigen Stiftungen, die bekanntlich auch eine wichtige Umverteilungsfunktion von wohlhabenden zu weniger privilegierten Schichten der Gesellschaft wahrnehmen, umso grösser ist, je ungleicher das Vermögen in der Bevölkerung verteilt ist.

So scheint also die Vermögenskonzentration einen Erklärungsansatz für die unterschiedliche Verbreitung von Stiftungen als Instrument gemeinnützigen Engagements in einzelnen Ländern zu liefern. Gleichzeitig soll an dieser Stelle auf den ausschliesslich indikativen Wert des dargestellten Zusammenhangs hingewiesen werden: Zum einen ist es nach wie vor so, dass in vielen Ländern kaum verlässliche Stiftungszahlen verfügbar sind und das verwendete Datenmaterial z.T. auf Schätzungen beruht und somit mit der gebotenen Portion

Vorsicht zu verwenden ist. Bei der Interpretation des Gini-Koeffizienten muss bedacht werden, dass dieser, wie im Beispiel Spaniens geschildert, von verschiedenen Komponenten beeinflusst wird, die in Bezug auf die Stiftungstätigkeit unterschiedlich wirken können. So zeigen weiterführende Studien, dass gemeinnützige Stiftungsaktivität eine deutlich dynamischere Komponente aufweisen kann und philanthropisches Engagement in Form von Stiftungen eher das Ergebnis von Wohlstandsunterschieden im fließenden Kapital (Einkommen) als im ruhenden Kapital (Vermögen) ist (Blickenstorfer 2013). Darauf deutet die Verbindung zwischen Marktentwicklung und Stiftungen hin. So lässt sich etwa für die Schweiz die parallele Entwicklung des Swiss Market Index (SMI) und der Anzahl jährlich neu errichteter gemeinnützigen Stiftungen so interpretieren, dass mit der unternehmerischen Tätigkeit erst die notwendigen Mittel erwirtschaftet werden müssen, die philanthropisches Engagement in Form von Stiftungen überhaupt erst möglich machen (Eckhardt et al. 2011). Aber auch für die eigentliche Zweckerfüllung spielt eine günstige Marktentwicklung eine wichtige Rolle: Da die meisten Stiftungen auf unbestimmte Dauer errichtet werden und das Stiftungsvermögen in den allermeisten Fällen für die Zweckerfüllung unantastbar bleibt, sind die meisten Stiftungen (allen voran Förderstiftungen) auf eine regelmässige und angemessene Rendite auf ihrem Stiftungskapital angewiesen, einerseits, um das Stiftungskapital zu erhalten, andererseits aber auch, um aus den auf dem Kapitalmarkt erwirtschafteten Erträgen ihre Aktivitäten bestreiten zu können.

Der skizzierte Zusammenhang zwischen Stiftungsdichte und Vermögenskonzentration stützt somit die These, wonach gemeinnützige Stiftungen zu einem gewissen Grad eine Wohlstandserscheinung sind, setzt doch sowohl deren Errichtung wie auch die längerfristige Sicherstellung ihrer gemeinnützigen Aktivität beträchtliche finanzielle Mittel voraus, über die nicht alle Gesellschaftsschichten verfügen. Die Stiftungsaktivität wird dabei aber nicht bloss vom Vermögen, sondern auch von der Höhe des verfügbaren Einkommens getrieben.

Quellenverzeichnis

- Azpitarte, F. (2010). The Household Wealth Distribution in Spain: The Role of Housing and Financial Wealth. *Hacienda Pública Española/Revista de Economía Pública*, 194(3), 65-90.
- Blickenstorfer, M. (2013). Das Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik und Stiftungen. *Verbands-Management*, 39(2), 22-31.
- Bundesverband Deutscher Stiftungen. (2012). Stiftungen in Zahlen 2012. URL: http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Presse/Grafiken__Zahlen__Daten/Stiftungszahlen_2012.pdf, aufgerufen am 5. Juni 2013.
- Davies, J. B., Sandström, S., Shorrocks, A., & Wolff, E. N. (2009). *The Level and Distribution of Global Household Wealth*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Eckhardt, B., Jakob, D., & Von Schnurbein, G. (2011). *Der Schweizer Stiftungsreport 2011*. Basel; Zürich: Centre for Philanthropy Studies (CEPS), Zentrum für Stiftungsrecht, SwissFoundations.
- Eckhardt, B., Jakob, D., & Von Schnurbein, G. (2012). *Der Schweizer Stiftungsreport 2012*. Basel; Zürich: Centre for Philanthropy Studies (CEPS), Zentrum für Stiftungsrecht, SwissFoundations.
- Foundation Center. (2012). *Aggregate Fiscal Data by Foundation Type, 2010*. URL: http://www.foundationcenter.org/findfunders/statistics/pdf/01_found_fin_data/2010/02_10.pdf, aufgerufen am 5. Juni 2013.
- Helmig, B., & Hunziker, B. (2007). *Stiften in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung über die Beweggründe von Stifterinnen und Stiftern*. Freiburg: Verbandsmanagement Institut.
- Hopt, K. J., von Hippel, T., Anheier, H. K., Then, V., Ebke, W., Reimer, E., et al. (2009). *Feasibility Study on a European Foundation Statute: Final Report*.
- Ostrower, F. (1997). *Why the Wealthy Give: The Culture of Elite Philanthropy*. Princeton: Princeton University Press.
- Rozier, S. (2007). France. In H. K. Anheier & S. Daly (Eds.), *The Politics of Foundations. A Comparative Analysis* (pp. 157-171). London; New York: Routledge.
- Sargeant, A., & Mackenzie, J. A. (1998). *A Lifetime of Giving*. West Malling, UK: Charities Aid Foundation.
- Schneider, H., Millner, R., & Meyer, M. (2010). *Die Rolle der Gemeinnützigkeit in Österreichischen Stiftungen (Working Paper)*. Wien: WU Wien.
- Skopek, N., Buchholz, S., & Blossfeld, H.-P. (2011). *Wealth Inequality in Europe and the Delusive Egalitarianism of Scandinavian Countries*. Bamberg: University of Bamberg.
- Sprengel, R./Ebermann, Th. (2007). *Statistiken zum deutschen Stiftungswesen 2007*: Stuttgart: Lucius & Lucius (Maecenata Schriften 1)
- Strachwitz, R. Graf (2010). *Die Stiftung - ein Paradox? Zur Legitimität von Stiftungen in einer politischen Ordnung*. Stuttgart: Lucius & Lucius (Maecenata Schriften 5)
- Timmer, K. (2005). *Stiften in Deutschland. Die Ergebnisse der Stifterstudie*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

V. Kirchenstiftungen als Problem der Stiftungsstatistik. Ein Beitrag zum Sinn statistischer Stiftungserfassung

Rupert Graf Strachwitz

Zum gegenwärtigen Stand der Erstellung von Statistiken zum deutschen Stiftungswesen gehört, daß die Grundgesamtheit, das heißt die Gesamtzahl der Stiftungen, die der Statistik zugrunde liegt, vollkommen unklar ist. Wenn beispielsweise nur die rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts (ca. 18.000) als Basis genommen werden, bleibt bereits die vermutlich größere, aber nirgendwo verbindlich erfaßte Zahl der nicht rechtsfähigen oder Treuhandstiftungen außer Betracht. Dies führt zu groben Ungenauigkeiten bei der Erfassung der Ziele, die die Stiftungen verfolgen, da zu vermuten ist, daß es zwischen diesen und der gewählten Rechtsform einen Zusammenhang gibt. Noch deutlicher fällt dieses Defizit ins Gewicht, wenn versucht wird, Stiftungen nach der Art zu klassifizieren, in der eine Stiftung ihre Ziele verfolgt. Während eine nicht rechtsfähige Stiftung ebenso gut wie eine rechtsfähige als (1) reine Eigentumsstiftung (etwa als Eigentümerin einer Kunstsammlung), (2) Förderstiftung (die Dritten die Verfolgung von Zielen ermöglicht) und (3) mildtätige Stiftung (die Bedürftige unterstützt) agieren kann, ist ihr eine (4) operative Tätigkeit (als Betreiberin von Einrichtungen oder eigener Projekte) in der Regel verwehrt. Das heißt, das Gesamtbild würde sich wesentlich verschieben, wenn ein mindestens ebenso großer Bestand vollständig mit erfaßt würde, bei dem operative Stiftungen (fast) nicht vorkommen. Die sehr viel seltener vorkommenden Stiftungen in anderer Rechtsform (bspw. GmbH, AG, öffentlich-rechtliche Stiftung) fallen demgegenüber nicht so sehr ins Gewicht; doch auch diese könnten das Bild verändern. Durch Schätzungen, Hochrechnungen oder „repräsentative“ Untersuchungen ist diesem Problem nicht beizukommen, weil hier – wegen der nur hier einigermaßen vollständig vorhandenen Kontaktadressen – wieder nur eine defizitäre Grundgesamtheit zugrunde gelegt wird, die Problemfelder also gerade nicht mit einbezogen werden. Das viel weitergehende Grundproblem der mangelnden Veröffentlichungspflicht und die daraus folgende Zurückhaltung vieler Stiftungen bei der Veröffentlichung aussagekräftiger Daten sind damit noch gar nicht angesprochen; es sei hier nur am Rande erwähnt.

Während aber diese gravierenden Einschränkungen jedenfalls seit einigen Jahren durchaus Gegenstand der wissenschaftlichen und zunehmend auch öffentlichen Debatte sind, bleibt ein anderes, noch sehr viel gewichtigeres Problem nach wie vor weithin unerwähnt: das Problem der Kirchen- und Kirchenpfündestiftungen. Beide Typen sind in der katholischen ebenso wie in der evangelischen Kirche in großer Zahl vorhanden. Hochrechnungen auf der Basis von Messungen in einzelnen Landeskirchen bzw. Bistümern berechtigen zu der

Annahme, daß es sich insgesamt um rd. 100.000 Stiftungen handeln könnte, je zur Hälfte in den beiden großen Kirchen anzutreffen, je zur Hälfte als Kirchen- und Kirchenpfündestiftungen. Es spricht einiges dafür, daß dieses Versäumnis der modernen, 1989 einsetzenden empirischen Stiftungsforschung der Grund dafür sein könnte, daß in der öffentlichen Debatte immer wieder die zunächst rätselhafte Behauptung auftaucht, es habe 1914 in Deutschland 100.000 Stiftungen gegeben, 1945 nur noch 5.000. Ohne Kirchenstiftungen ist jedenfalls die Zahl 100.000 (1914) nicht glaubhaft. Traditionell war man sich nämlich durchaus im klaren, daß es sich hierbei um in jedem Sinne echte Stiftungen handelt. Und dies sind sie in der Tat! Sie verfügen über alle Merkmale, die definitorisch eine Stiftung charakterisieren. Sie nur deshalb auszublenden, weil kein nach außen wirkender Zweck erkennbar ist, ist nicht nur methodologisch sehr fragwürdig. Es entspricht auch nicht der Wahrheit, denn, wie immer man zum Wirken der Kirchen persönlich stehen mag, es kann kein Zweifel bestehen, daß der Bau eines Kirchengebäudes oder die Besoldung eines Pfarrers Ziele darstellen, die subjektiv einem unbestimmten Kreis von Personen zugute kommen sollen. Sie stehen somit einer Stiftung zur Förderung von Künstlern oder zur Vergabe von Stipendien was die Allgemeinheit ihres Wirkungskreises betrifft, bestimmt nicht nach. Ein Blick in die muslimische Kultur zeigt überdies, daß dort bis heute der religiöse Impuls die sehr ausgeprägte Stiftungskultur (*waqf*) bestimmt. Die Frage, wer hier Ausnahme ist, sollte jedenfalls nicht die Empirie beeinflussen.

Warum diese Stiftungen dennoch kaum in Erscheinung treten und regelmäßig übersehen werden, hat freilich mit der Haltung ihrer Stiftungsverwalter, also der Kirchen zu tun. So stehen etwa die Kirchenstiftungen bei fast jedem (älteren) Kirchengebäude mit Ausnahme von Bischofskirchen und Domen im Grundbuch. Sie werden gelegentlich bei ganz banalen Vorgängen angesprochen, wenn etwa im Zuge von Straßenverbreiterungen ein Streifen des Grundstücks abgetreten werden muß. Ihre Verwaltung durch die Kirchenvorstände oder vergleichbare Organe mit anderen Bezeichnungen ist aber nur nominal; in Wirklichkeit werden sie von den Kirchenbehörden verwaltet. Dies gilt ebenso für die Kirchenpfündestiftungen, die immerhin trotz Kirchensteuer in einer näher untersuchten evangelischen Landeskirche noch heute 10% zur Besoldung der Pfarrer beiträgt. Bei den anderen Landeskirchen und katholischen Bistümern wird es vermutlich nicht grundsätzlich anders sein. Wissen tun wir es nicht. Die Kirchenbehörden selbst sagen uns darüber nichts. Die Kirchenvorstände wissen oft selbst nicht, daß sie Organe einer Stiftung sind und welche Verantwortung sie – nicht zuletzt gegenüber einem lange verstorbenen Stifter – tragen.

Der Grund dafür liegt in der verfassungsgemäßen Stellung der Kirchen in Deutschland. Schon in der Reichsverfassung von 1919 findet sich die Bestimmung, daß Kirchen und Religionsgemeinschaften (sofern die Körperschaften öffentlichen Rechts sind, was auf alle

Bistümer und Landeskirchen zutrifft) ihre inneren Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit regeln. Sie setzen insofern eigenes Recht und haben unter anderem alle ein eigenes Stiftungsrecht geschaffen. Darin sind u.a. die Rechts- und Fachaufsicht der Kirchenbehörden (im Gegensatz zur bloßen Rechtsaufsicht staatlicher Aufsichtsbehörden) über alle kirchlichen Stiftungen, aber auch die Einzelheiten zur Verwaltung dieser Kirchen- und Kirchenpfündestiftungen geregelt. Für die kirchlichen Stiftungen allgemeiner Art, überwiegend Träger großer sozialer Einrichtungen, die, um im Rechtsverkehr auftreten zu können, regelmäßig Stiftungen sowohl kirchlichen als auch bürgerlichen Rechts darstellen, ist die Doppelaufsicht schon nicht gerade eine Arbeitserleichterung. Die Kirchen- und Kirchenpfündestiftungen sind jedoch durch kircheneigenes Recht vollständig ihrer Handlungsmöglichkeiten enthoben worden und unterfallen darüberhinaus der kirchlichen Praxis, über ihre Vermögensverhältnisse möglichst nichts nach außen dringen zu lassen. Die Kirchenbehörden haben kein Interesse daran, an der Geheimhaltungspraxis etwas zu ändern.

Dies hat auf die statistische Erfassung des deutschen Stiftungswesens und damit auf die Aussagekraft aller Aussagen über die deutschen Stiftungen erhebliche Auswirkungen. Es ist nicht nur additiv ein großer Unterschied, ob wir von 20.000, 40.000 oder 140.000 Stiftungen sprechen. Allein der – wenngleich prozentual nicht mehr so wesentliche – Beitrag von 50.000 Kirchenpfündestiftungen zur Pfarrerbesoldung würde alle Aussagen zur Finanzkraft der Stiftungen nicht unerheblich verändern. Auch verfügen diese und manche Kirchenstiftungen über erheblichen Immobilienbesitz, der zwar zum Teil mit nicht veräußerbaren Kirchengebäuden, zum Teil aber auch ganz anders oder gar nicht bebaut ist. Das heißt, auch die – ohnehin, aus vielen Gründen hoch problematischen – Aussagen zum Gesamtvermögen der deutschen Stiftungen würden völlig anders aussehen, wenn man sie einbeziehen würde.

Noch interessanter ist jedoch der Beitrag dieser Gruppe zur Verfolgung von Stiftungszielen. In den bekannten Stiftungsstatistiken rangieren religiöse Ziele relativ weit unten auf der Skala – nach sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und Bildungszielen. Unter Einbeziehung der Kirchen- und Kirchenpfündestiftungen würde Religion als Stiftungsziel auf Rang 1 stehen – mit großem Abstand zur nächsten Gruppe, den sozialen Zielen – und den traditionell religiös bestimmten Charakter unser Kultur im allgemeinen und unserer Stiftungskultur im besonderen dokumentieren können. Nicht zuletzt könnten sich Mitbürger mit einem muslimischen Hintergrund dadurch eher angeregt fühlen, über die Gründung eines *wakf* in Deutschland nachzudenken – sehr wohl auch nach deutschen Stiftungsregeln, die keineswegs inkompatibel erscheinen.

Gewiß, würde man diese Ziele in ein Verhältnis zur Entstehungszeit setzen, würde man nicht überraschenderweise wohl feststellen, daß die Dominanz der religiösen Ziele umso ausgeprägter ist, je weiter man in der Geschichte zurückgeht. Andererseits würde aber auch herauskommen, daß unsere oft wiederholte Angabe, etwa 250 heute bestehende Stiftungen seien älter als 500 Jahre, vollständig über den Haufen geworfen werden müßte. Ein hoher Prozentsatz der Kirchenstiftungen stammt vermutlich aus dem Mittelalter. Dies läßt wiederum Rückschlüsse auf die Intensität staatlicher Eingriffe in das Stiftungswesen, durchaus aber auch auf die Solidität kirchlicher Verwaltungstätigkeit und auf die sehr lang anhaltende Kirchentreu der meisten Menschen zu. Ist, so könnte man nachfragen, unser Sozialgefüge in den letzten 200 Jahren tatsächlich so kirchenfern geworden, wenn einerseits, wie nachgewiesen werden kann, ein großer Teil der weltlichen Stiftungen zwischen 1914 und 1950 aus unterschiedlichen Gründen untergegangen ist, die Kirchenstiftungen aber wohl überwiegend überlebt haben? Hat dies am Ende sogar gerade mit ihrer Öffentlichkeitsscheu zu tun?

Dis alles kann hier nur gefragt, aber keinesfalls beantwortet werden. Dazu bedürfte es in der Tat eingehender Untersuchungen, für die wiederum ein Einblick in das Datenmaterial zu den Kirchenstiftungen erforderlich wäre. Aber drei Aspekte sollen noch kurz Erwähnung finden:

Zum einen könnte die statistische Berücksichtigung der Kirchen- und Kirchenpfründestiftungen dazu beitragen, mit der ebenso tief sitzenden wie irrigen Meinung aufzuräumen, eine Stiftung sei definitionsgemäß eine Geldtopf, der dazu dient, Erträge zu erwirtschaften, die dann auf Antrag als Fördermittel an Dritte ausgereicht werden. Schon jetzt läßt sich dies widerlegen. Aber wenn an Hand der Zahlen deutlich würde, wie wichtig und typisch auch die Stiftungen sind, deren Zweck darin besteht, einen in sich einem Ziel dienenden Sachwert wie eine Kirche oder ein Bild für deren Genuß durch die Allgemeinheit zu erhalten, würde zugleich die große Bandbreite der Möglichkeiten für dieses Handlungsinstrument noch viel deutlicher werden – erst recht dann, wenn die Pfründestiftungen mit den Familienstiftungen aus der verborgenen Nische geholt und als fünfte Option ‚Versorgungsstiftung‘ den ihnen auch in der modernen Welt zukommenden Platz einnehmen könnten.

Zum zweiten muß vorbehaltlich des Beweises des Gegenteils, unterstellt werden, den Kirchenbehörden sei deshalb an der Geheimniskrämerei gelegen, damit sie ungehindert über das Stiftungsvermögen verfügen können. So sind beispielsweise die Entsakralisierung und gar der Verkauf eines für sakrale Zwecke gestifteten Gebäudes mit Sicherheit Verletzungen des Stifterwillens. Nun kann eine Entsakralisierung im Einzelfall vielleicht das Gebot der Zeit sein; aber der Umgang mit dem Problem ist anders und komplizierter, wenn es dabei auch um Achtung vor dem Stifterwillen geht. Er wäre allerdings auch ehrlicher, und

es liegt auf der Hand, daß die denkbare Mißachtung auf potentielle Stifter nicht gerade anregend wirkt. Will man deshalb nicht darüber reden?

Zum dritten führt eine Diskussion über das Kirchenvermögen in einer Zeit, in der Offenlegung und öffentliche Debatte zu Charakteristika guten zivilgesellschaftlichen Handelns geworden sind, zu einer ganzen Reihe weiterer Fragestellungen. Eine davon betrifft die Vermögensanlagen. Sind etwa Vermögensteile kirchlicher Stiftungen in Unternehmen gebunden, die Ziele verfolgen, die mit denen der Kirche nicht übereinstimmen oder übereinstimmen sollten? Ist denn eine Kirche, die sich doch zunehmend als zivilgesellschaftliche Organisation begreift, unter diesen Umständen eine gute zivilgesellschaftliche Organisation? Oder folgt sie nach wie vor einer immer stärker angegriffenen staatlichen Handlungslogik, dem Bürger möglichst viel zu verheimlichen.

Die anglikanische Staatskirche geht in dieser Hinsicht einen anderen Weg. Sie hat schon in den 1940er Jahren alle Kirchenvermögen, die bei uns den Kirchenpfündestiftungen zuzurechnen wären und auch dort in etwa waren, in einer einzigen Körperschaft zusammengefaßt, die heute rd. 20% zur Finanzierung aller Kosten des Betriebs der Kirche von England beisteuert. Diese Körperschaft, *The Church Commissioners*, legt ihr Rechnungswerk vollständig offen und gibt auch Auskunft über die einzelnen Vermögensanlagen. Naturgemäß hat dies immer wieder zu teilweise heftigen Diskussionen geführt, die die Organisation mehrfach veranlaßt haben, ihre Anlagepolitik zu revidieren. Für deutsche Kirchenbehörden wäre eine solche Diskussion neu und sehr ungewohnt. Aber sie könnte dazu dienen, die Kluft zwischen Kirchen und Bürgern überwinden zu helfen.

So gesehen, läßt sich aus einer zunächst banal anmutenden statistischen Problemstellung viel entwickeln! Dies ist auch deren Zweck. Statistiken dienen weder sich selbst noch der Propaganda. Sie bilden, so war an diesem Beispiel zu zeigen, die Grundlage für viele weitergehende Überlegungen. Diese aber erscheinen notwendig, soll das alte Stiftungswesen sich das Recht erwerben, ins 21. Jahrhundert mitgenommen zu werden.

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter www.opuscula.maecenata.eu

2010	Nr. 42	50 Jahre DESY Zur Rechtsformproblematik einer vom Staat gegründeten Stiftung <i>Wiebke Eggers</i>
	Nr. 43	Engagierte Menschen Vier Fallstudien <i>Priska Daphi, Angela Berger, Sandra Rasch und Anna Steinfort</i>
	Nr. 44	Transparenz, Akzeptanz und Legitimität Der Bund der Vertriebenen in zivilgesellschaftlicher Perspektive <i>Eva Maria Hinterhuber und Rupert Graf Strachwitz</i> Mitarbeit: <i>Christoph Kahlert</i>
	Nr. 45	Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken <i>Alexander Freiherr v. Strachwitz</i>
	Nr. 46	Transparenz in der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
2011	Nr. 47	Zivil-militärische Zusammenarbeit in Krisengebieten Aktuelle Forschungsergebnisse mit zivilgesellschaftlichem Fokus <i>Andreas Werner</i>
	Nr. 48	Der neue Bundesfreiwilligendienst Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 49	Die Legitimität von Stiftungen und philanthropischem Handeln Eine theoretische Annäherung an den Fallbeispielen Bertelsmann Stiftung und The Giving Pledge <i>Carolin Häberlein, Johannes Nössler und Stefanie Vorberger</i>
	Nr. 50	Empirische Studien zur Zivilgesellschaft Stiftungen, Bibliotheken, Internet <i>Rainer Sprengel</i>
	Nr. 51	Massenverfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht Versuche der Revision von Rechtsnormen durch Bürgerinitiativen <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 52	Quo vadis Deutschlandstipendium Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland <i>Michael Beier</i>
2012	Nr. 53	Bürgerstiftungsschelte. Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen. Eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal/ Baden-Württemberg <i>Annette Barth</i>
	Nr. 54	Zivilgesellschaft und Integration Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele <i>Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel</i>
	Nr. 55	Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren <i>Markus Edlefsen, Johanna Mielke und Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 56	Das philanthropische Netzwerk und sein Stellenwert für die Stadtentwicklung <i>Colin Beyer</i>
	Nr. 57	Bürgerengagement zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation Die Wirkung des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses auf die Etablierung einer deutschen Engagementpolitik <i>Daniela Neumann</i>
	Nr. 58	Chinas philanthropischer Sektor auf dem Weg zu mehr Transparenz <i>Dorit Lehrack</i>
	Nr. 59	Zweifelhafte Autonomie Zur Orientierung gemeinnütziger Organisationen an sozialen Investitionen. Eine neoinstitutionalistische Perspektive. <i>Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 60	Für das Gemeinwohl? Politische Interessenvermittlung durch Stiftungen: eine organisationstheoretische Analyse der Legitimität <i>Marisa Klasen</i>
	Nr. 61	Stiftungen als aktiver Teil der Bürgergesellschaft Von Nutzen und Nachteil der Stiftungen für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland <i>Herfried Münkler</i>

URN: urn:nbn:de:0243-102013op667

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840